

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/11, durch die Filial-Expeditionen: Neue Hauptstraße Nr. 3 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Abrechnungsbüro Reichs-Postamt Nr. 140, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Druckgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Bezugspreis für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/11 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um die Reichswehr.

Der Heeresetat im Reichstag. — Sozialdemokratisches Misstrauensvotum gegen den Wehrminister. — Geylers Schwanengefang?

Im Reichstag hat gestern die Reichswehr-Debatte erfreulicherweise eine erweiterte Redezeit gegenüber der Beratung anderer Etats eingeräumt erhalten. Unser umfangreiches Beschwerdematerial gegen die heutigen Zustände im Heer der deutschen Republik war ja bereits im Ausschuss ausgedehnt, dort aber so ungenügend beantwortet worden, daß eine zusammenfassende Darlegung in großer öffentlicher Reichstags-Sitzung eine Selbstverständlichkeit war. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich aber damit nicht begnügt und gestern erneut ein Misstrauensvotum gegen den Reichswehrminister eingebracht, dessen Ablehnung gegenüber dem seitens des durch die Wöllfischen verstärkten Bürgerblocks allerdings feststeht und das nicht einmal von den Demokraten unterstützt wird. Trotzdem drehte sich gestern bemerkenswerterweise die ganze Debatte um den sozialdemokratischen Vorstoß, den vor allem Dr. Geyler selbst in den gewandtesten Tönen voll Sentimentalität und Wiederhohn beflagte und bekämpfte.

Sachlich wird man dem Reichswehrminister die Berechtigung eines Hinweises nicht bestreiten können, den auch schon vor ihm der sozialdemokratische Berichterstatter über den Etat sein Recht gegeben hatte; die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages bedeuten für die deutsche Wehroverfassung einen teilweisen Zwang zur Geldverschwendung und zur Rückständigkeit. Aber damit soll nicht gesagt sein, daß die alte Forderung des Erfurter Programms nach dem Milizsystem, die jetzt von den Demokraten im Reichstag wieder aufgewärmt wurde, alle Uebel des modernen Militarismus noch ausgleichen könnte. Der Reichswehrminister und die bürgerlichen Parteien haben mit besonderem Nachdruck gestern den internationalen Charakter des Rüstungsproblems betont, indem sie auf den Militarismus des Auslandes verwiesen. Besonders die neueste französische Heeresreform, die eine Dienstzeitverkürzung mit einer Annäherung an den Miliz-Gebanken verbindet, wurde dabei als höchst kriegerisch denunziert. Feierlich beteuerte der Wehrminister dann, daß er nicht etwa eine Aufrüstung Deutschlands anstrebe, wenn die anderen nur auch im deutschen Maßstabe abzurüsten wollten. Wollten sie das freilich nicht, — und damit rechnet Geyler selbstverständlich — dann müsse Deutschland gleichberechtigte Rüstungsfreiheit erhalten und ausnützen. Die Völker Europas könnten zwar ein solches Wettrennen nicht aushalten, so meint Geyler selbst. Aber wenn der Wahnsinn nun einmal freie Bahn hat, so will er ihm Methode geben.

Einstweilen wird die kleine Reichswehr freilich samt allen den kostspieligen geheimen und öffentlichen Spielereien der Wehrverbände und der Reichsmarine international wenig bedeuten. Das gaben gestern alle Redner zu, ohne daß die Verteidiger der Reichswehr unter ihnen merkten, wie sehr sie damit ihren eigenen neuen Millionenforderungen die patriotische Begründung nahmen. Nur die Kommunisten wandten das Schema vom imperialistischen Militarismus blind auch auf das kleine deutsche Heer an, um sich vom Wehrminister mit einem Hinweis auf das vielfach größere russische abführen lassen zu müssen. (Auch einen Fall von Femeidrohungen aus ihren Reihen konnten sie nicht bestreiten.) Die internationale Bedeutungslosigkeit der Reichswehr verstärkt aber für uns Sozialdemokraten nur die Einsicht in ihren innerpolitischen Sinn als Werkzeug der Reaktion, wie ihn das Mannschafts-Größenystem durch die Kompagnieoffiziere, die Bevorzugung des Adels beim Offiziersersatz, die enge Verbindung mit den schwarzen Organisationen, beleuchtet durch die jüngsten Femeidroh-Prozesse, nur zu klar ergeben. Nicht gegen die Truppe kämpfen wir, sondern gegen ihre reaktionäre Organisation durch das Geyler'sche Offizierskorps, dessen Verhalten gegenüber Soldaten durch die immer noch sehr hohe Zahl der Reichswehr-Selbstmorde bezeugt wird. Demokraten und Zentrum mußten einen wesentlichen Teil dieser unserer Kritik unterstützen, aber sie ziehen die Konsequenzen daraus nicht. So wird Geyler, wenn er jetzt wirklich gehen sollte, im jetzigen Bürgerblock-Reichstag sicherlich einen Nachfolger erhalten, der seiner würdig ist.

Wäre es, wie seit langem behauptet wird, der volksparteiliche Abgeordnete Admiral Brüninghaus, so könnten wir sogar noch etwas erleben, was man für unmöglich hätte halten dürfen; eine noch weitere Verschlechterung der Reichswehrpolitik durch offene Reaktion statt der Geyler'schen maskierten. Aber wäre das wirklich noch eine Verschlechterung? — m.

Die gestrige Reichstags-Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Nießer eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichswehr-Etats.

Abg. Stüden (Soz.)

gibt Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Die Reichswehr allein erfordert in diesem Etatsjahr einen Zuschuß aus allgemeinen Reichsmitteln in Höhe von 475 Millionen Mark, das ist gegenüber dem vorigen Jahr ein Mehr von 7 Millionen. Die Marine fordert 223 Millionen Mark, dabei steht bereits fest, daß deren Ausgaben in den kommenden Jahren noch weiter steigen werden. Die in der Öffentlichkeit geübte Kritik ist deshalb nicht ganz zutreffend, weil die einzelnen Kapitel der früheren Etats mit dem jetzigen nicht zu vergleichen sind. Die Zweckbestimmung der einzelnen Titel ist heute eine andere. Immerhin war der Eindruck bei der übertragene Wehrheit des Ausschusses, daß die Ausgaben sehr hoch sind. Es gab dort zunächst eine Auseinandersetzung über die Frage des Staatssekretärs. Der Minister erklärte, er brauche keinen Staatssekretär, seine Vertreter seien der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung, die politische Verantwortung könne ihm niemand abnehmen. Die Mehrheit des Ausschusses erklärte sich mit dieser Ansicht des Ministers einverstanden. Zu langen Auseinandersetzungen führte die Frage, wie sich die Reichswehr zur Republik stelle. Sowohl die Heeresleitung wie auch die Mehrheit des Ausschusses erklärten, daß die Republik sich auf die Reichswehr verlassen könne und das Misstrauen gegen die Reichswehr künstlich geschürt werde. Von den Vertretern der anderen Parteien wurde das bestritten und darauf hingewiesen, daß die Reichswehr beim Kapp-Putsch verjagt habe. Das System der Monopolisten bildet auch weiterhin eine drückende Last für das Reich. So wurden im Etat 300 000 Mark für ein besonderes Anschlagsgeld in Sicht gefordert. Dieses Geld soll vorläufig nicht gebaut werden. Es wurden im Ausschuss Maßnahmen empfohlen, die eine Milderung dieses Zustandes herbeiführen sollen.

Der Berichterstatter weist dann darauf hin, daß die Art, wie dem Deutschen Reich die Ersatzkräfte zugesandt worden sind, offenbar direkt darauf abgestellt waren, diese Wehrmacht möglichst gebrauchsunfähig zu machen. Sieben Infanteriedivisionen stehen drei Kavalleriedivisionen gegenüber, von denen mindestens 2 entlehrt werden können. Die Entente gestattete jedoch nicht, daß an deren Stelle in gleicher Stärke Infanteriedivisionen aufgestellt werden. Ein Berufsheer ist an sich immer teurer. Der Soldat erhielt früher 22 Pf. pro Tag bei freier Unterkunft und Verpflegung. Der Reichswehrlad stellt sich dagegen jährlich auf über 4000 Mark. Es besteht in immer steigendem Maße die Tendenz, die Mannschaften neben 8 Truppenübungsplätzen für ein Heer von 100 000 Mann. Es gibt Garnisonen mit 2 Kompagnien Infanterie oder solche mit einer Eskadron Kavallerie. Wenn Regimenter, die auf 4 oder 5 Standorte verteilt sind, zum Zwecke der einheitlichen Ausbildung zu einer Übung zusammengezogen werden, so erwachsen daraus ganz erhebliche Unkosten. In jeder dieser Garnisonen muß ein Verwaltungssystem vorhanden sein. Die Reichswehr verfügt über 480 Kasernenstellen. Auf Anregung des Ausschusses erklärte der Chef der Heeresleitung, daß man jetzt auf eine Zusammenziehung der einzelnen Truppenkörper bedacht sei. Aus der Mitte des Ausschusses wurde aber gewünscht, daß vorhandene Kasernen nach Möglichkeit ausgenutzt werden müßten. Daß die Gemeinden dagegen Sturm laufen würden, wenn sie ihre Garnisonen abgeben sollen, sei zu erwarten. Das finanzielle Interesse des Reiches stehe aber unbedingt über den Wünschen der Gemeinden. Bei der Erörterung der politischen Einstellung der Reichswehr vertrat der Minister den Standpunkt, daß der für die Kompagnie verantwortliche Hauptmann auch auf Ersatz

bedacht sein müsse. Nun steht die Kompagnie in enger Verbindung mit den ehemaligen Offizieren jener Truppenteile, deren Traditionen sie fortsetzen und mit den Regimentsvereinen, die allort gegründet worden sind. Diese Organisationen bemühen sich, ihre Angehörigen in der Reichswehr unterzubringen und daraus erklärt sich die Einsichtigkeit, die bei der Einstellung Platz greift. Nicht anders steht es mit dem Offiziersersatz. Da eine bestimmte wissenschaftliche Befähigung gefordert wird, so kommen nur ganz bestimmte Kreise dafür in Frage. Der Minister meinte, daß man das Schulwesen umgestalten müsse, um auch Kindern aus den breiten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, sich eine wissenschaftliche Befähigung aneignen zu können. Auf diese Weise würde es allerdings noch Jahrzehnte dauern, bis der Offiziersersatz anders gestaltet werden kann. Der Chef der Heeresleitung gab zu, daß die Offiziere nicht etwa überzogene Republikaner seien, aber man könne sich darauf verlassen, daß sie dem Staate gegenüber, dem sie dienen, ihre Pflicht erfüllen würden. Der Minister versicherte, daß monarchistische Auslassungen in der Reichswehr nicht gestattet würden, aber man könne Offizieren und Unteroffizieren nicht verbieten, in ihrer freien Zeit sich in unpolitischen Sportvereinen zu betätigen. Die Wehrverbände würden erheblich überhäuft, sie könnten militärisch überhaupt nichts leisten.

Der Berichterstatter behandelte dann die Forderung des Nachtrags-Etats auf eine Million als erste Rate für einen Groß-Neubau des Reichswehrministeriums in der Kaiserstraße in Berlin. Die Mittel dazu will man durch den Verkauf eines anderen, reichseigenen Gebäudes beschaffen. Die Forderung wurde jetzt abgelehnt, da der Plan noch geprüft werden soll. Bei dieser Gelegenheit mußte auch der Plan für die Verbesserung der Unterkunft der Mannschaften geachtet werden. Der Zustand der meisten Kasernen ist schlecht. Lang dienende Mannschaften fordern eine bessere Unterkunft, als sie der Soldat früher hatte. Für 1927 werden für diesen Zweck 11,3 Millionen angefordert. Die größere Ausstattung der Infanterie mit Pferden erfordert Reithäuser, Reitplätze, Reithindernisse. Außerdem werden gefordert Handgarnaturen-Werkstätten, Reizeäume für den Gaschutzdienst, Wohlfahrtsräume, Kameradschaftsräume, Unterrichtsräume. Aus den Truppenwaffenmeistereien sollen große Betriebe zur Instandhaltung von Geschützen, Maschinen-gewehren, Nachrichtengerät und Fahrzeugen gemacht werden. Die Baukosten sind zunächst auf 10,6 Millionen Mark veranschlagt. Im vorigen Jahr hat der Reichstag zugestimmt, daß probeweise für den bisher von Mannschaften verrichteten Arbeitsdienst bezahlte Arbeitskräfte eingestellt werden. Die Heeresverwaltung hat das so ausgelegt, daß der Reichstag die Freimachung militärischen Personals von diesem Dienst grundsätzlich genehmigt hatte. Man hat deshalb bereits in diesem Etatsjahr erhebliche Einstellungen von Arbeitskräften vorgenommen, bis 1931 soll dann diese Maßnahme völlig durchgeführt sein. Wie hoch sich die dadurch entstehenden Mehrkosten belaufen, ist noch nicht entfernt abzusehen. Sicher ist, daß unter diesen Umständen die Ausgaben für Heer und Marine in den nächsten Jahren weiter steigen werden.

Im Ausschuss wurde kritisiert, daß bei einigen Regimentern die Wehrzahl der Offiziere dem Adel angehöre. Das trifft zu, und zwar sind die adeligen Offiziere am stärksten bei der Kavallerie vertreten. Beim 4. Reiterregiment in Potsdam befinden sich unter 31 Offizieren nur acht bürgerliche, beim 6. Reiterregiment 21 Adlige und 13 Bürgerliche, beim 7. Reiterregiment 19 Adlige und 10 Bürgerliche. Bei der Infanterie ist das Verhältnis etwas günstiger. In der Artillerie ist der Adel wenig, bei den Pionieren fast gar nicht vertreten. Bei den Nachrichten-, Kraftfahr- und Jahrtuppen befinden sich nur sehr vereinzelt adelige Offiziere. Deshalb kritisiert wurden auch die sehr hohen Übungsgelder, die sich zum Beispiel pro Pionierbataillon auf 900 000 Mark belaufen. Auch die Kosten für die Beschaffung von Munition und die Unterhaltung von Munitionsbeständen wurde lebhaft erörtert. Aus Anlaß der Aussprache über die Lieferung von Granaten aus Rußland im Auswärtigen Ausschuss wurde zum Ausdruck gebracht, daß solche Geschäfte künftig nicht wieder gemacht werden sollen.

Bei der Besprechung des Etats der Marine wurden in der Presse Vergleiche mit dem Haushalt 1924 angestellt. Die Marineleitung erklärt dazu, daß sie damals, um die Stabilisierung der Mark nicht zu gefährden, absichtlich mit Forderungen zurückgehalten habe. 1925 setzten dann die höheren Forderungen ein, die sich dann in den folgenden Jahren so steigerten: 1924: 103,33, 1925: 155,11, 1926: 198,17, 1927: 223,40 Millionen Mark. Bis 1940 soll der Etat der Flotte, da die jetzigen Schiffe als überaltert bezeichnet werden, völlig durchgeführt sein.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Die Ausgaben des Reichswehretats stehen in diesem Jahre noch viel mehr als in den früheren Jahren in schreckendem Mißverhältnis zu der Finanzlage des Reichs. Die gewagtesten Operationen werden gemacht, um den Etat einigermaßen zu balancieren. Von den Regierungsparteien werden dort Abstriche vorgenommen, wo es sich um die wichtigsten Kulturarbeiten handelt, die ohnehin schon seit Jahren zu kurz kommen, aber diese Parteien zeigen nicht denselben Eifer, Abstriche bei der Reichswehr zu machen. Nimmt man die gegenwärtige Wirtschaftslage hinzu, die auch für die nächste Zeit noch keinen Aufschwung verspricht, bedenkt man die riesige Arbeitslosigkeit, den außerordentlichen Mangel an Fortschritten auf sozialpolitischem Gebiet, weil angeblich kein Geld da sei, dann fällt das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die Reichswehr und Kulturzwecke noch mehr auf. Im Ausschuss haben wir alle diese Bedenken mit dem größten Nachdruck hervorzuheben, der Reichswehretat hat unsere schärfste Beurteilung erfahren und wir werden das, was sich in diesem Jahre im Ausschuss abgepielt hat, im nächsten Jahre fortsetzen müssen, weil die Ausgaben für Heer und Marine nach den Wünschen der Heeresleitung und der Regierungsparteien noch weiter gesteigert werden sollen. Der Finanzminister hat ausführlich dargelegt, wie außerordentlich ernst es um den Etat steht. Beim Reichswehretat hat aber der Finanzminister vor lauten Ohren der Regierungsparteien gepredigt. Sie streichen eine halbe Million nach der

Landesverratsprozeß gegen einen Reichsbannerführer.

Nach Meldungen aus Magdeburg ist von der Oberreichsanwaltschaft gegen den zweiten Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Genossen Höltermann, ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden. Höltermann hatte einige Rundschreiben über Kleinfalkenberg in Ostpreußen in der „Reichsbannerzeitung“ veröffentlicht.

anderen, wenn es sich um soziale Zwecke handelt, sie streichen die Mittel zur Behebung der Jugendlahmheit. Sie streichen sogar fünf Millionen für Anstaltskosten. (Vorb. Hör! hör! bei den Soz.) Hier bringen Sie es fertig, wo es sich um fast hunderttausend Millionen handelt, ganze sieben Millionen abzuschneiden. Wir haben nachgewiesen, daß 60 bis 70 Millionen gestrichen werden können, ohne daß die Reichswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben beeinträchtigt wird. Wenn der Etat ist ganz erheblich überfordert. Wir können die Streckung mit 60 bis 70 Millionen, selbst dann noch vornehmen, wenn die Reichswehr die drei Waffen hätte, die ihr genommen worden sind, nämlich die Tanks, die Luftfahrt und die schwere Artillerie. Wir müssen lieber mit diesem Bedauern feststellen, daß alle Völker dieser schweren militärischen Lasten auf sich nehmen, trotzdem die Wunden noch lange nicht vernarbt sind, die ihnen der letzte Krieg geschlagen hat. Wir nehmen keinen Anstand, zu sagen, daß der Verlauf der Verhandlungen über die Abrüstung wenig erfreulich ist. Die Abrüstung ist aber eine derartige Notwendigkeit, daß wir Sozialisten mit aller Schärfe darauf drängen müssen, daß in dieser Frage endlich ein ernsthafter Schritt unternommen wird. Es ist eine dauernd zur Beunruhigung beitragende Tatsache, daß den zwei Staaten, die in Zentral-Europa gelegen sind, Deutschland und Oesterreich, Abhängigkeitsbeschränkungen auferlegt worden sind, die einen außerordentlich schmerzhaften Charakter tragen, daß aber die andere Seite nicht entsprechend an die Abrüstung herangeht. Wir verlangen nicht etwa Freiheit der Ausrichtung für Deutschland, sondern unsere Abhängigkeitsbeschränkungen sollen auch für die anderen gelten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn das so weiter geht wie bisher, so kann bald ein neuer Totentanz in Europa beginnen. Man kann allerdings christlichweise nicht bestreiten, daß die Entwicklung des Völkerbundes den Anfang einer wirklichen Friedenspolitik bedeutet.

Nach außen hin bildet die Reichswehr keine Gefahr, aber sie kann zu einer Gefahr nach innen werden. Die Tatsache bedarf der schärfsten Aufmerksamkeit der geschicktesten Verammlung der deutschen Republik, daß wir in der Reichswehr ein Offizierskorps haben, das in seiner übergroßen Mehrheit heute noch monarchistisch eingestellt ist. Der Redner wendet sich scharf gegen den die demokratischen und republikanischen Elemente herabsetzenden Artikel des Generals Reinhardt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, den er eine Kränklichkeit nennt. Reinhardt war doch Zeuge davon, welche Kraft die Demokratie und die Republik beim Aufbau des Staates zu entwickeln vermag. Wenn er schon derartiges schreibt, dann haben wir alle Ursache, die Auffassungen im Offizierskorps mit Sorge zu betrachten. Angesichts der Propaganda, die General Seekt mit der Einstellung des Hohenzollernprinzen in die deutsche Reichswehr am ganzen deutschen Volke begangen hat, haben wir die ernsteste Pflicht, mit der größten Wachsamkeit alle Vorgänge bei der Reichswehr zu beobachten. Die Truppe ist das, was die Regierung will. General Hege hat im Ausschuss gesagt, es komme auf die Führer an, die anderen hätten zu gehorchen. Seit Seekt und Reinhardt haben wir aber alle Hoffnungen auf die Entwicklungsfähigkeit der Offiziere begraben. Mehr als früher ist Anlaß zum Mißtrauen gegeben.

Der Reichswehrminister hat sich für die Beibehaltung des jetzigen Wehrsystems ausgesprochen, das in der Hand des Kompanieführers liegt. Wir verlangen eine Veränderung des Systems und verweisen auf die Marine, wo die Werbung nicht von den Kapitänen, sondern im ganzen von 2 Stationen vorgenommen wird. Man darf sich über den Geist, der im Offizierskorps der Reichswehr herrscht, um so weniger wundern, als man immer mehr dazu übergeht, den Offizierskorps aus sogenannten Trubadurfamilien zu nehmen, bei denen eine feindselige Einstellung zum gegenwärtigen Staate herrscht. Wir wenden uns ganz entschieden auch gegen diese Methode. Wir kämpfen nicht gegen, sondern um die Reichswehr. Die Sozialdemokratische Partei hat bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ganz andere Sorgen und andere Aufgaben, sie hat auch keine Lust und keine Zeit, um einen Kampf gegen die Reichswehr zu führen. Wir halten eine gewisse Wehrmacht für notwendig, um die Exekutive auszuüben und im Notfall die Grenze zu schützen. Die Sozialdemokratie hat immer daran mitgearbeitet, um die Reichswehr zu einem Instrument der Republik zu machen, das nur dem Staat, aber keiner Partei und keiner politischen Richtung, dienlich ist. Aber wir sind eben weit davon entfernt, zuzusehen zu wollen, wie die Entwicklungstendenz bei der Reichswehr zum Schaden des gegenwärtigen Staates und seiner Zukunft verläuft.

Wir haben gegen den Reichswehrminister einen Mißtrauensantrag eingebracht, weil wir in ihm nicht den Mann sehen, der mit Nachdruck, Konsequenz und Energie den Mängeln in der Reichswehr beizukommen sucht. Wir mühten zu diesem schmerzlichen Mittel des parlamentarischen Protestes zu greifen aus der Sorge heraus, daß jedes Organ des Staates auch dem Staat frei und ehrlich dienen muß. Wir erwarten im Interesse der inneren und auch der äußeren Entwicklung, daß der Reichswehrminister im nächsten Jahre endlich wahr macht, was er versprochen hat, daß er mit diesen Mißständen aufträumt, die in keiner Weise geeignet sind, die weitere Entwicklung des Reiches zu fördern. (Vehementer Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf v. S. Schulenburg (Dn.) erklärt, daß im Wehretat nur das angefordert worden sei, was für die Landes-

verteidigung dringend geboten war. Ganz Frankreich stelle sich in den Dienst der Landesverteidigung und billige die Errichtung von Befestigungswerken von Dünkirchen bis nach Mühlhausen. Nur von Deutschlands Sicherheit dürfe niemals die Rede sein. Wir seien das in Ketten gefesselt Volk zweiter Klasse. Weil dem so sei, hätten wir alle Veranlassung, wenigstens unser 100 000-Mann-Heer auf die höchste Stufe der Leistungskraft zu bringen. Alle Vorwürfe gegen die Reichswehr und ihre Offizierskorps fallen in ein Nichts zusammen gegenüber der Tatsache, daß die Reichswehr in kritischen Zeiten der feste Stützpunkt der Ordnung und Autorität gewesen sei. Wie stelle man sich eine Republikanisierung der Reichswehr vor? Sollen alle die Offiziere und Beamten befristet werden, die im Kaiserreich gedient haben? Der heutige Staat würde diese Erschütterung nicht ertragen. Die Hölle der glorreichen Erinnerungen sei das zwei Jahre deutsche Soldaten. Die Hoheitszeichen des neuen Staates und seine Farben sollen von der Wehrmacht geachtet werden. Man vergesse aber nicht, daß die Schwarz-weiß-roten Farben mit dem Eisernen Kreuz und der Gieß die Kriegslagen der deutschen Republik seien.

Abg. Erling (Zr.) führt aus, daß die Reichswehr ein Instrument der vom Parlament und der Regierung gebilligten Politik sei. Das offene Bekenntnis des Generals Hege, daß die Offiziere der Reichswehr der deutschen Republik dienen wollten, habe im Lande gute Aufnahme gefunden. Die Behauptung gewisser Kreise, daß eine Zustimmung zum Wehretat mit einem Bekenntnis zu kriegerischer Politik gleichbedeutend sei, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Nichts schade die ruhige und friedliche Entwicklung des Reiches mehr, als die immer wiederkehrenden Behauptungen, Deutschland rüste zum Kriege. Deutschland habe abgerüstet und sei gar nicht in der Lage, Angriffskriege zu führen. Deutschland sei berechtigt, die Frage zu erheben, wenn die anderen abzurüsten gedenken. Die hohen Kosten seien eine Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Aufstellen der Wehrmacht. An den Besatzungskosten könne gespart werden, wenn man uns nicht zwingen würde, die Soldaten zwölf Jahre dienen zu lassen. Zur Frage der Rekrutierung betonte der Redner, daß die in den letzten Jahren übliche Art künftig nicht mehr beibehalten werden könne. Zu begrüßen sei die Beförderung der Gesundheitsverhältnisse im Heer und die Abnahme der Selbstmorde. Der Redner betonte die Wichtigkeit der Soldaten müsse die Reichswehr die größte Beachtung schenken.

Darauf wird die Beratung unterbrochen, um die Abänderungen zum Haushalt für die besetzten Gebiete nachzuholen. — Der Haushalt wird in der Form angenommen, die ihm die Ausschussbeschlüsse gegeben haben. — Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, 70 Millionen für durch den Ruhekampf geschädigte Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende usw. zu bewilligen. — In zweiter und dritter Lesung angenommen wird auch das Besatzungsleistungsgesetz.

Die Beratung des Wehretats wird darauf fortgesetzt.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Leider hat sich die Hoffnung, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges eine Abrüstung durchgeführt werden würde, nicht erfüllt. In allen Parlamenten Europas wird in der gleichen Weise darüber gestritten, wie hier. Die englischen Militärlasten sind seit 1913 um ungefähr 700 Millionen Mark gestiegen. Der „Economist“ berechnet, daß England und Frankreich je 3½ Prozent ihres Nationalertrommens für ihre Sicherheit als Versicherungsprämie ausgeben, Italien am meisten, nämlich 4 Prozent, Deutschland dagegen nur 1½ Prozent. (Hör! hör! rechts.) England gibt für jeden seiner Berufssoldaten 4800 Mark im Jahr aus, Deutschland nur 4000 Mark. Die deutsche Regierung verfolgt mit Ernst alle Abrüstungsbestrebungen, sie beteiligt sich aktiv an den Genfer Verhandlungen und erstrebt nicht eine deutsche Aufrüstung, sondern sie glaubt, daß angesichts der technischen Entwicklung die Völker Europas diese Last nicht weiter tragen können.

Unser Etat ist in keiner Weise überlastet. Ein großer Teil der Ausgaben ist absolut zwangsläufig. Ein Militärsoldat würde übrigens nicht billiger sein, weil es zur Ausbildung viel mehr geschultes Personal braucht. Deshalb ist unser System noch das relativ günstigste. Allerdings können wir mit diesem System nicht auf die Dauer leben. Wir können uns nämlich bei einem Angriff auf unser Volk nicht beliebig verstärken. Wir müssen fordern, daß das, was uns aufgezwungen ist, als Muster für eine allgemeine Abrüstung gilt. Wir können aus unserem Heer nur einen bescheidenen Grenzschutz machen. Also entweder allgemeine Abrüstung oder wir müssen in die Lage veretzt werden, unseren Nachbarn gleich gerüstet gegenüberzutreten. (Vehementer Beifall bei der Mehrheit.) Man kann Deutschland nicht auf dem Stand eines Indierentstammes zurückhalten. (Erneuter Beifall.) Wir können nicht auf die Gleichberechtigung im Kreis der Völker verzichten. (Wärmende Zwischenrufe bei den Komm.) Auch Sie (zu den Komm.) haben nicht darauf verzichtet, in Rußland fordern Sie es ja auch. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Das Mißtrauen der Sozialdemokraten schmerzt mich tief. (Lachen bei den Soz.) Aber ich halte ihr Urteil für ungerichtet. (Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Verlauf der Fernprozesse war dafür wesentlich!) Auf diese An-

gelegenheit will ich jetzt nicht eingehen. (Woh! bei den Komm.) Sie (zu den Komm.) sind ja selbst Vertreter der Demokratie (Widerpruch bei den Komm.) Nach der Denkschrift der Dünburger Polizei über den Zustand von 1923 hat man eine mehrmals den von ihm vorbedingten Leuten angetan: „Was der verpficht verfallt der Gemel“ (Hör! Hör! bei der Mehrheit. — Lärm bei den Komm.) In Weimar hat man nun einmal das Heer auf den alten Offizieren aufgebaut. Damit hatte ich rechnen, als ich Minister wurde, und in der Zeit, wo wir die Entente um den Chef der Heeresleitung kämpften, konnte ich nicht Meinungsverschiedenheiten mit diesem ankommen lassen. Ich habe aber niemals Zweifel an meiner Stellung zu den Wehrverbänden gelassen. Niemand kann jedoch mehr tun, als in seinen Kräften liegt. Allerdings habe ich das Heer nicht zu republikanischen Ideologien aufgebaut, sondern auf dem Boden des Soldaten: Pflichterfüllung, Treue und Festhalten an seinem Eid. General Reinhardt hat in seinem vielgeschmähten Artikel nur sagen wollen, manche Politiker der Linken hätten dem warmen Herz für die Reichswehr nicht gefunden. (Abg. Dr. Hege (Dn.): Das ist nicht richtig!) Auf Dr. Haas kriegt die nicht zu, aber lesen Sie nur, was Herr Erling in der „Halle“ schreibt: „Der „Vorwärts“ macht zum Beispiel eine Ueberschreibung wieder ein Kreuzer vom Stapel gelaufen! Ja, die Kreuzer haben Sie (zu den Soz.) selbst bemittelt! (Heiterkeit.) Man soll immer mißtrauisch sein, aber es nicht jeden Augenblick betonen. Unser Heer hat im Kampfbuch nicht versagt; es ist ein Führer, Lütkwisch, hat damals versagt. Es ist ein General Hege sagte: Das Heer gehorcht, es kommt an auf den Führer! Das Abtreten des Generals Seekt bestand in einer Vollständigkeit.

Auf meine Amtszeit blühte ich mit Befriedigung zurück. Die Reichswehr ist heute eine in sich geschlossene, treue Truppe. Ich bin dankbar für jede Kritik. Wir wehren uns aber gegen die maßlosen Uebertreibungen und die bitternden Verallgemeinerungen. Denn letzten Endes sind Wehr und Reichswehr aufeinander angewiesen. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Brüninghaus (D. Vpt.) behauptet, daß durch die Ausführungen der Zeitungs- und ihre Kritik am Reichswehrstat in den Zustände der Eintracht erweckt worden sei, als ob nun in Deutschland wieder zum Kriege gerüstet werde. Die Verhandlungen im Ausschuss hätten doch ergeben, daß keine schwarze Reichswehr oder ähnliche Dinge beständen. (Lärm.) Auch die Behauptungen einiger demokratischer Blätter, daß in den früheren Jahren schwarze Fonds bei der Reichswehr bestanden hätten seien nach der Vorlegung der Jahresrechnungen als falsch erwiesen worden. Man solle doch nicht glauben, daß man heute mit Rechtsgründen gegen die Gewalt oder mit Heugabeln gegen Maschinengewehre kämpfen könne. Deshalb sei der Ausbau des Heeres im Rahmen der Bedingungen des Friedensvertrages notwendig. Gegen Polen dürfe man sich nicht auf den Völkerrund verlassen, die Polen hätten doch Wilna genommen und seien noch heute dort. Was in Frankreich geschehe, sei nicht als ein Schritt zur Abrüstung zu bezeichnen, das bedeute im Gegenteil eine ungeheuerliche Verstärkung der militärischen Rüstung Frankreichs.

Abg. Creutzburg (Komm.) bezeichnet einige Ausführungen des Reichswehrministers als Unwahrheit. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zum Etat der Reichswehr bestätigte die Ausführung imperialistischer Kriege handle. Das Heer werde in trassierter Weise zu einseitigen parteipolitischen Zwecken mißbraucht.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (Dem.) stellt fest, daß die Erwartungen, die bei der Gründung der Reichswehr gehegt worden sind, daß sie in engster Verbindung mit dem Volk stehen werde, nicht in Erfüllung gegangen seien. Die Anregung der Sozialdemokratie, dem Reichswehrminister einen Staatssekretär zur Seite zu geben, sei durchaus begründet. Es müsse doch damit gerechnet werden, daß der Minister einmal an der Ausübung seines Amtes behindert sei und in diesem Falle müsse ein verantwortlicher politischer Vertreter zur Stelle sein. Der Chef der Obersten Heeresleitung dürfe nicht in die politische Arena steigen. Die allergrößte Bedeutung habe die Frage der Erlasse der Reichswehr in der Zukunft, die vom Standpunkt der Erfordernisse der Republik gelöst werden müsse. Die von General Hege geforderte Brücke zwischen Heer und Volk sei bisher nicht geschlossen worden. Es sei Aufgabe der Reichswehr, sich das Vertrauen des deutschen Volkes zu erwerben. In den letzten Jahren sei aber in dieser Hinsicht nichts geschehen. Aus republikanischen Kreisen komme keine Meldung mehr für das Offizierskorps, weil man sich dort sage, es habe ja doch keinen Zweck, die freien Stellen würden nur mit Anwärtern der Rechtskreise besetzt. Auch das System der Anwerbung von Mannschaften durch die Kompaniechef sei unhaltbar, es führe dahin, daß nur Mitglieder der Rechtsverbände in die Reichswehr Einlaß finden. Der Redner erklärt schließlich, daß die Demokratische Fraktion gegen das Mißtrauensvotum stimmen werde, da sie schon bei der Vorstellung der neuen Regierung ihre Stellung durch ein Mißtrauensvotum zu erkennen gegeben habe und keine Veranlassung vorliege, das bei jeder Gelegenheit zu wiederholen.

Dann verlegt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag mittag.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. E. Cole und Margarete Cole.
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

„Rein, ich kann das Werk hier nicht im Stich lassen. Mein lieber Junge, es ist alles in schönster Ordnung, und du wirst es, sobald wir in England zurück sind, selbst erfahren und meine Beweise anerkennen müssen.“

„Wilson wird ganz gut hier fertig. Komm mit mir, Jack.“

„Lasse mich nicht einer derartigen „Ente“ halber, von der Arbeit abhaken.“

Diesmal verzeihen Arturs Sitten, Pasquett zu rühren, genau so, wie Pasquett Arthur nicht zu überzeugen vermochte. Dennoch ließ Arthur sich herbei, die ganze Frage zu überschauen und den Bericht an Lord Casing bis zum Morgen aufzuschieben. Aber dieser Aufschub bestärkte ihn nur in seinem Entschlusse. Er erklärte Pasquett unwiderstehlich, daß er sich entschieden habe, seine Zweifel Lord Casing mitzuteilen, und logisch nach Vordem aufzubrechen, ob ihn nun Pasquett begleiten würde oder nicht. Er könne es nicht ertragen, mit Pasquett, so lange die Frage nicht gelöst sei, weiter zu leben, und auch nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß neue Auslagen für die Konzeption gemacht würden, ohne daß eine Klärung herbeigeführt worden wäre. Lord Casing selbst solle die Verantwortung für die Weiterführung oder Einstellung des Werkes bis zu seiner Ankunft tragen. Er fragte Pasquett, ob er seine Identität dadurch bewellen könne, daß er ihn — Arthur — die Bestimmung seiner Gemalte übertrage, Empfehlungen an alle Freunde, die ihn seit langem kannten, hinsichtlich der darauf bezügliche Dokumente und was sonst noch von Nutzen sein könnte. Er wolle fahren. Würde Jack nicht einsehen, daß ihm keine andere Wahl bliebe?

Pasquett ließ ihn ausreden, ohne ihn zu unterbrechen. Als Arthur beendet, erklärte er ihm: „Rein, ich sehe es durchaus nicht ein. Ich glaube vielmehr, du könntest sie weit Vertrauen zu mir haben, so zu warten. Aber was du dir einmal in den Kopf gesetzt hast, wirst du durch. Das weiß ich. Daher werde ich wohl mit dir zurückfahren müssen, obwohl es ein Spiel mit dem Teufel bedeutet, was das Werk betrifft.“

„Ich kann dir gar nicht sagen, Jack, wie ich mich freut, daß du mit mir gehst. Es bedeutet mir in der That, daß dies alles ein höchst interessantes Risiko ist.“

„Aber nicht so weit, daß du überzeugt bist, vermutlich? Hör zu, Arthur: Wenn du unbedingt darauf besteht, zu fahren, so fahre auch ich. Aber zum letztenmal bitte ich dich, es aufzugeben.“

Arthur blieb jedoch fest. Manche seiner Freunde pflegten ihn einen Dickhäuter zu nennen. Einige Tage vor Vorbereitung, und die beiden Männer trafen auf dem Landwege nach Europa auf. Es laierte zwar ein Druck auf ihnen, aber ihre Freundschaft hielt stand. Manquam lösten es Arthur auf der langen Reise, als ob Pasquett sich anständig, irgendwelche Erklärungen abzugeben. Er ließ Arthur zuweilen merken, wie gerne er manches sagen würde, wenn er sich nur hierzu entschließen könnte. Aber, so oft er daran war, wich er immer wieder aus, und da Arthur diese halben Beicht-Entschlüsse nicht entgangen waren, vertieften sie unmerklich seinen Verdacht, daß irgend etwas Ernstliches dahinterstecken müsse. Arthur machte alle Qualen schauerlichen Verdachtes durch. War kein Freund, den er trotzdem liebte, wirklich ein Schwindler, der sich geschickt in den Besitz von Kadelts Reichthümern gesetzt hatte? Es sah beinahe so aus, und wenn dies der Fall war, so hielten vielleicht noch schlimmere Dinge dahinter? Sein beunruhigtes Gemüt flüsterte ihm allerlei dunkle Vermutungen etc. Er wies er von ihm, aber sie bedrängten und quälten ihn. Und dennoch, je schlechter er von Pasquett dachte, um so mehr wuchs irgendeine seine Zuneigung. Arthur war auf dieser Reise durchaus unglücklich, wogegen Pasquett in der besten Laune schien und viele, aber erfolglose Anstrengungen machte, seinen Freund aufzuheitern. War es das Bewußtsein seiner Unschuld, die Freude, Nora wiederzusehen, oder einfach die Hoffnung auf das Gelingen eines neuen, gigantischen Bluffs? Arthur wußte es nicht zu sagen. Er litt innerlich und schwankte zwischen Furcht und Liebe.

21. Kapitel

„Es muß verdammt schwer sein, ein guter Detektiv zu sein.“

Oberinspektor Wilson beschloß, im August auf Urlaub zu gehen — er war in der Lage, sich das auszuwählen, während Blaise seinen Urlaub nach Gaudinien seines Chefs antreten mußte. Aus Gründen, die er sich nicht einmal selbst eingestand, dachte Wilson an einen Aufenthalt in Frankreich, am Dinard, nicht das größere Dinard, sondern das beschauliche St. Enogat, und machte dort für eine beschauliche Sommer vom großen Hotel ein kleines Strandhaus mit niedlichem Garten und einer eigenen Treppe zum Strand hinab. Falls man ihn gefragt hätte, würde er geantwortet haben, daß er ganz einfach auf Urlaub gehe. Und weshalb auch nicht? Sein Unterbewußtsein sagte ihm jedoch, daß Dinard in der Nähe von Paradox lag, am anderen Ufer der

breiten Rance-Mündung. Was konnte also natürlicher sein, als daß Wilson, da er in Dinard wohnte, einen zweiten Besuch in Paradox machen würde, wo Mr. Culpepper und seine Familie diese hübsche, kleine Villa besaß, die er vor einigen Monaten betreten hatte?

Wilson hatte sich den Fall Kadelts nicht ganz aus dem Kopf schlagen können. Er verfolgte ihn und ließ ihm keine Ruhe. Nicht allein deshalb, weil der Verbrecher seinen Klauen entgangen war — dazu war Wilson viel zu sehr Philosoph, um sich durch eine gelegentliche Schlappe sein Gleichgewicht stören zu lassen. Es quälte ihn vielmehr das unbefriedigte Gefühl, daß er das Rätsel nicht gelöst hatte. Alles schien auf Rosenbaum hin zu weisen, aber war denn Rosenbaum auch wirklich der Schuldige? Innerlich wurde er den Gedanken nicht los, daß bei der ganzen Sache etwas „faul“ sei. Er hatte seither andere Fälle behandelt und sie gelöst. Dieser Mord jedoch belästete sein Gemüt, war eine verborgene Quelle des Unbehagens und der Selbstkritik.

Mrs. Wilson durchschaute, obgleich sie ihrem Mann gegenüber über nichts dergleichen tat, vollkommen die Gründe seiner plötzlichen Begeisterung für einen Ferienaufenthalt in Frankreich, am Dinard oder irgendeinem anderen Ort an diesem Küstenstreifen. Sie erinnerte ihn nicht mal daran, daß er im Vorjahre herab auf Dinard geflüchtet hatte, als sie eine Reise dorthin vorgeschlagen hatte. Sie ertrug ergeben, was ihr das Schicksal aufzwang, wußte sie doch, daß ihr Mann sein Herz daran gehängt hatte, dorthin zu gehen, und daß es in einem solchen Fall viel gescheiter war, nachzugeben, wenn sie nicht die ganzen Ferien über einen brummigen und verärgerten Mann um sich sehen wollte. Diese vernünftige Frau wußte genau, daß man auf den berühmten Detektiv, ihren Gatten, in allen Fragen des täglichen Lebens genau so aufpassen mußte wie auf ihre übrigen Kinder. Er vermochte die Aufgaben, die ihm Scotland Yard stellte, zwar mit Vollkommenheit bis in die letzten Kleinigkeiten zu organisieren, aber er war durchaus ungeschicklich, rechtzeitig selbst die einfachsten Vorbereitungen für die Familienferien zu treffen.

Daher war es Mrs. Wilson, die die Villa in St. Enogat mietete, die Fahrkarten besorgte und für die Familie, als der Zeitpunkt gekommen, die Koffer gepackt hatte. Sobald die Reise begann, riefte sich Wilson auf. Er machte alles auf dem Schiff, bei den Zollbehörden, im Hotel, auf dessen Gründen das gemietete Landhaus stand, mit derselben Gewandtheit und Ausdauer, als ob es lebenswichtige Maßnahmen in einer Nordaffäre wären. Man könnte nicht sagen, daß Wilson gegen das, was seine Familie betraf, gleichgültig gewesen wäre, nein, aber sein Kopf war zu sehr mit anderen Dingen belastet, die ihn bis zum letzten Augenblick nicht losließen. (Fortsetzung folgt.)

Im das ober-schlesische Oberlandesgericht.

11:10 Stimmten im Ausschuss.

Der Rechtsauschuss des Preussischen Landtages beriet am 28. März den Gesetzentwurf über die Errichtung eines Oberlandesgerichts für Oberschlesien in Beuthen. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Hamburger (Soz.), bespricht den Entwurf vom Standpunkt der Justizorganisation, der Rechtspflege und der Politik. Er wies darauf hin, daß nach dem Gesetz von 1878 jede Provinz ein Oberlandesgericht haben solle und daß in dem Gesetz vom Oktober 1919 festgelegt sei, daß die Schaffung der staatlichen Behörden in der neuen Provinz Oberschlesien sich nach den gesetzlichen Bestimmungen richten solle. Ein Erfordernis vom Standpunkt der Rechtspflege sei das neue Gericht nicht; die Einrichtungen, die dagegen erhoben wurden, seien jedoch auch nicht entsetzlich, zumal eine Anzahl deutscher Oberlandesgerichte zum Teil erheblich kleiner sei als das in Aussicht genommene ober-schlesische Gericht. Der Präsident des Oberlandesgerichtsbezirks würde auch nach der Abtrennung der britischen Teile bleiben. Politisch machte der Berichterstatter auf die den Oberschlesiern in und nach der Abstimmung gegebenen Zusicherungen des Justizministers und des Staatsministeriums aufmerksam, ebenso auf den zwei Mal mit großer Mehrheit gefassten Beschluß des ober-schlesischen Provinzial-Landtages auf Errichtung. Auf der anderen Seite hob er die Stimmen hervor, die sich für die Erhaltung des gemeinsamen Gerichts — als Pfand der Einheit Schlesiens — einsetzten. Schließlich stellte er Fragen über die Unterbringung der Richter und Beamten in Wohnungen in Beuthen und die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes.

Der Vertreter des Justizministeriums, Ministerialdirektor Dr. Hartwig, veranschlagte die dauernden Mehrausgaben auf jährlich 40 000 Mark und gab für die schnelle Wohnungserrichtung für die Beamten durch die ober-schlesische Wohnungsfürsorgegesellschaft brendigende Zusicherungen. Er trat im übrigen mit Wärme für den Entwurf ein, den er als notwendige Folge der Trennungsgesetzgebung bezeichnete. Gegen den Entwurf wandten sich Graf Garnier (Dnat.) mit Hinweis auf die ablehnende Haltung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Meckenthin (Rp.) und Erzmet (Dem.); für den Entwurf sprachen Jawarzi und Oppenhoff (Fr.).

Schließlich wurde der Entwurf im Ausschuss nach einem Schlusswort des Abg. Dr. Hamburger, der die Wünsche der Justizbeamten vorzutrug und beschränkte, mit 11 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Wirtschaftspartei gegen 10 Stimmender anderen Parteien angenommen.

Da das Stimmenverhältnis im Plenum ein anderes ist, so würde der Gesetzentwurf bei gleicher Einstellung der Parteien dort abgelehnt werden. Sein Schicksal läßt sich daher noch nicht vorhersehen. Der Landtag wird sich jedoch erst im Mai wieder damit zu befassen haben, da vor der Osterpause die Beratung nicht mehr möglich ist.

Der Gießener Staatsanwalt wird energisch.

Die Reichswehr gab Instruktionen an den Wiking-Bund!

Gießen, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Montagmorgens, über der sich die Schatten des Urteils gegen Schulz und Genossen ziehen, eroberte mit einem vollen Erfolg des Staatsanwalts Weidemann. Er war bereits am Sonnabend aus seiner Passivität zur Offensive übergegangen. Auch der Verhandlungsführer, Landgerichtsdirektor Dr. Kramer, ist energischer gegen die Verteidigung geworden, wodurch die Stellung des Staatsanwalts zweifellos gestärkt worden ist. Bis zum heutigen Tage glaubte die Verteidigung, einen der Kronzeugen, Schmidt-Halschlag, als unglaubwürdig hinstellen zu können. Die Aussagen der beiden letzten Berliner Zeugen, der Kriminalkommissare Stenzel und Summ, machte diese Hoffnung zu schanden. Beide Beamte versicherten ebenso wie ihre am Sonnabend vernommenen Kollegen die volle Glaubwürdigkeit von Schmidt-Halschlag, dessen Befundungen sich stets als wahr erwiesen hätten. Auch sein Vorleben sei stets einwandfrei gewesen und er habe von der Polizei niemals Geld verlangt noch erhalten.

Nunmehr ändert plötzlich die Verteidigung ihre Taktik. Sie läßt noch einmal einen Freund von Heinz, wieder einen Kapitänleutnant, namens Dietrich, vernehmen. Er erklärte auf die Frage der Verteidigung, ein Verrat des Oberleutnants Wagner zurzeit des an ihm begangenen Mordversuchs habe nie in Frage kommen können. Damit will die Verteidigung entgegen ihrer bisherigen Haltung beweisen, daß Wagner nie als Verräter von den Angeklagten betrachtet und somit gegen ihn auch keine Feme hätte angewendet werden können. Wagner selbst wird noch einmal gefragt, ob seine vor Gericht im Gegenfug zu früheren protokollierten Vernehmungen sehr abgeschwächten Vernehmungen richtig seien. Er bejaht, wünscht aber auch keine Bestrafung der Angeklagten und sagt zum Schluß, er sei von keiner Seite im Interesse der Angeklagten beeinflusst worden. Darauf erfolgt seine Verteidigung.

Zwei ärztliche „Sachverständigen-Gutachten“ über die Angeklagten sind für diese ein Wadon, wie es besser sein Verteidiger hätte abgeben können. Auf eine Frage des Vorsitzenden an Heinz bestätigt dieser, daß er in der Voruntersuchung beauftragt habe, er hätte den Haupttäter beim Mordversuch, den Rathenau-Mörder Kern, nie gekannt; jetzt vor Gericht schränkt er dieses „Ne“ ein und sagt, er hätte Kern „wesentlich nicht gekannt“. Am Schluß beantragt der Staatsanwalt die Verlesung eines Rundschreibens von Heinz an die Ortsgruppen des Wiking-Bundes, aus dem die fanatische politische Gesinnung des Angeklagten Heinz bewiesen werden soll. Die Verteidigung widerspricht der Verlesung, beantragt eventuell Ausschluß der Öffentlichkeit, da der Inhalt des Rundschreibens für die Öffentlichkeit nicht geeignet sei. Hierzu entgegnet der Staatsanwalt, er wäre der Meinung, daß die Kenntnis dieser Dinge für die Öffentlichkeit gerade sehr geeignet sei. Darauf gibt der Angeklagte Heinz die Erklärung ab, es handle sich in dem Rundschreiben um eine Instruktion an die Ortsgruppen des Wiking-Bundes, das im Interesse der Landesverteidigung vom Reichswehr-Gruppenkommando VI in Stuttgart ausdrücklich vorher gebilligt worden sei. Der Antrag der Verteidigung auf Nichtverlesung in der öffentlichen Sitzung wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit begründet. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit verliest der Vorsitzende die Einleitung des Rundschreibens, in der es heißt: „Der Wiking-Bund ist resolutenär. Unbeschadet der Festschläge von 1923 muß alles getan werden, um den Willen zur Macht aufrechtzuerhalten. Die Zeit arbeitet für uns!“

Der Vorsitzende richtet darauf an den Staatsanwalt die Frage, ob er nun noch auf der Verlesung des ganzen Rundschreibens bestehe. Der Staatsanwalt erwidert: „Ja!“ Darauf lehnt das Gericht nach kurzer Beratung die Verlesung des Rundschreibens als unerheblich ab. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Verhandlung wird am Mittwoch erfolgen.

Die Thüringer Regierungsverhandlungen

Weimar, 28. März. (Eig. Bericht.) Im Verlauf der Verhandlungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten über die künftige Regierungsorganisation wurden die demokratischen Leitende als Diskussionsgrundlage von dem Verhandlungsführer der SPD. angenommen. Außerdem wurden vorbehaltlich der Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion Vorschläge zur Vorlage zu den Richtlinien den Demokraten überreicht. Diese Vorschläge sind von den Demokraten zu einem großen Teile ohne weiteres akzeptiert worden, andere wurden lediglich zur Kenntnis genommen. Die Abänderungsvorschläge will die demokratische Landtagsfraktion den anderen Landtagsparteien, die für eine Regierungsbildung in Frage kommen, übermitteln.

Es handelt sich bei den Abänderungsvorschlägen vor allem um soziale und steuerliche Fragen. So erklärten sich die Demokraten von sich aus für die 48-Stunden-Woche bereit, während die sozialdemokratischen Abänderungsvorschläge die reichsgesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages verlangen. In Bezug auf die Wiedergutmachung der von der Ordnungsregierung gemäßigten sozialdemokratischen Beamten erklärten sich die demokratischen Unterhändler bereit, ihre Formulierung, als in „passenden Stellen“ unterzubringen, zugunsten einer für die Gemäßigten besseren Formulierung, aufzugeben. — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion tritt am Dienstag zusammen.

Ablehnung der Reichsunterstützung für die Haas-Wirth-Konzeption und für die Usa?

Eine amtliche Meldung über die gestern abgehaltene Kabinettsitzung besagt lediglich, daß die Reichsregierung sich mit dem Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigte. Außerdem hat sich die Reichsregierung aber auch — und das wird trotz vorliegenden öffentlichen Interesses nicht mitgeteilt — auch mit den Subventionsanträgen der Mologa (der russischen Wirth-Haas-Konzeption) und der Usa befaßt. Ein endgültiger Beschluß wurde zwar nicht gefaßt, aber es besteht nach dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“, innerhalb der Reichsregierung kaum ein Zweifel darüber, daß sowohl ein Kredit für die Usa als auch für die Mologa nicht in Frage kommt.

Gesandtenreisen zwischen Berlin und Warschau.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Genosse Ulrich Raujcher, ist am Montag in Berlin eingetroffen. Der polnische Gesandte in Berlin hat sich gestern nach Warschau begeben. Die Reisen der beiden Diplomaten stehen mit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Zusammenhang. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen nach der Rückkehr Raujchers endlich wieder in Gang kommen.

Bernstorff als deutscher Abrüstungsvertreter.

Genf, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Montag-Nachmittagssitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission traten der holländische Delegierte Rutgers und Graf Bernstorff ausführlich der französischen These über die Nichterziehung der Reservisten in den Abrüstungsplan entgegen. Die ausgebildeten Reservisten bildeten die größte Angriffsstrahl, was auch von den hohen Militärs in Versailles bewiesen worden ist, indem sie, um die deutsche Wehrkraft zu brechen, deren Reservisten gänzlich unterdrückten. Ein Ausgleich für die ausgebildeten Reservisten könne erzielt werden durch Verkürzung der Dienstzeit und Verkleinerung der Rekrutentomben, was durch Verschärfung der ärztlichen Ausmusterung sowie durch das Los erreicht werden könnte, ohne das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht zu durchbrechen. Auf eine Bemerkung de Broca's, daß der Vertrag von Versailles hier nicht zur Diskussion herangezogen werden könne, erwiderte der deutsche Delegierte Bernstorff, daß der Versailles-Vertrag und Art. 8 des Völkerbundespatentes gerade die Grundlage des Abrüstungsproblems bilden könnten, was nicht übersehen werden dürfe. Im übrigen sei er mit de Broca'se einverstanden, daß die Deutschland auferlegte Abrüstung die denkbar schmerzliche sei, weil sie mit großen Kosten die geringste Auswirkung erreiche. Graf Bernstorff erinnerte zum Anschluß an ein französisches Zitat, welches lautet: „Meine Herren! Nun ist die Abrüstung an Euch!“

Die Leitung der Internationale tritt zusammen.

Wegen der Kriegsgefahr von Italien her. Zürich, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Hinblick auf die bedrohliche Zuspitzung der Konflikte in Süd- und Europa wird am Sonntag, den 3. April, in Paris eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Liberaler Nachwahlerfolg in England.

Reuter meldet aus London: Bei der Wahl in North Southwark, einem Arbeiterviertel in London, erhielt der Liberale Strauß 734, der Arbeiterparteieller Jacobs 6107, und der Unabhängige Harden Guest 3215 Stimmen. Die Wahl war notwendig geworden, weil das frühere Mitglied der Arbeiterpartei, Harden Guest, aus der Arbeiterpartei ausgeschieden war, und zwar wegen ihrer Bekämpfung der Regierungspolitik in China.

Die Landtagswahlen im Memelgebiet sind von der litauischen Regierung unter formellen Vorwänden wieder verschoben worden. Ein neuer Wahltermin wurde nicht bekanntgegeben, so daß die Memeldeutschen nach wie vor die einzige unter den grenzlanddeutschen Gruppen im Ausland sind, die keinerlei parlamentarische Vertretung haben.

Aus aller Welt.

Schweres Grubenunglück in Japan. Auf einem Bergwerk in der Nähe von Tokio kamen bei einem Grubenbrand 135 Bergarbeiter ums Leben. Von ihnen wurden bisher annähernd 100 geborgen. Die Katastrophe hat innerhalb der betroffenen Bevölkerung eine große Panik hervorgerufen.

Hauseinkauf in Spandau. Am Montag vormittag führte in Spandau in der Hochgerichtsstraße der Dachgiebel und eine Giebelwand eines einstöckigen Hauses ein. Das Haus war allerdings bereits seit etwa 14 Tagen von der Baupolizei wegen Bauunfähigkeit geräumt worden. Bis dahin hatten nicht weniger als vier Familien darin gehaust.

Prozess um das abgeschlagene Bein. Vor einem Wiener Schöffengericht begann am Montag ein großer Sensationsprozess. Unter der Anklage, sich selbst ein Bein mit einem Beil abgeschlagen zu haben, um dadurch in den Genuss einer Unfallversicherung in Höhe von 100 000 Dollar zu kommen, hat sich der Ingenieur Emil Marek zu verantworten. Marek ist von seinem angeblichen Unfall am 12. Juni 1925 noch nicht völlig geheilt und wurde in einem Rollstuhl vor-geführt. Mitangeklagt ist seine Frau und seine Schwägerin. Marek selbst ist erst 28 Jahre alt, seine Frau jedoch 29. Sie hat den jungen Mann geheiratet, nachdem sie einen alten Rentier beerbt hatte. Der „Unfall“ ereignete sich zwei Tage nach Abschluß einer Versicherung, die auf 100 000 Dollar für den Todesfall und auf 400 000 Dollar für dauernde Invalidität lautete. Die Versicherungsgesellschaft lehnte sofort jede Auszahlung ab und erhob Anklage wegen Betruges. Da 80 Zeugen vernommen werden sollen, wird die Verhandlung etwa 8 Tage dauern.

Ein Mordmord bei Berlin. Am Montag wurde bei Schildhorn aus der Havel der Rumpf einer weiblichen Leiche geborgen. Die Leiche waren bis zum Unterleib vom Körper getrennt. Die Arme und der Kopf waren ebenfalls mit einer scharfen Messer von dem Rumpf abgeschnitten worden. Es handelt sich nach den bisherigen Fest-

Der englische Außenminister will in China nicht weiter nachgeben.

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus äußerte sich am Montag nachmittags Außenminister Chamberlain über die Lage in China. Er betonte zunächst, das Abkommen von Hankau sei von England einstweilen nicht gebilligt worden, vielmehr habe die Kantonregierung weiterhin Zeit und Gelegenheit, die Ordnung im Innern des Landes herzustellen und eine verhandlungsfähige Gesamtregierung zu bilden. Erst wenn eine solche Zentralregierung vorhanden sei, könnten Verhandlungen über das weitere Schicksal der internationalen Niederlassungen in Shanghai geführt werden. Eine weitere Preisgabe englischen Eigentums und englischer Rechte komme vorläufig nicht in Frage. Diese Erklärung sicherte Chamberlain den starken Beifall der bürgerlichen Mitglieder des Hauses.

Der Sitzung des Unterhauses war am Vormittag eine außerordentliche zweistündige Kabinettsitzung vorausgegangen, in der die Lage in China auf Grund eines am Sonntag nacht in London eingetroffenen Berichts des Kommandeurs der britischen Marinestreitkräfte im Fernen Osten besprochen wurden. Die Unterhausklärung Chamberlains ist als ein Sieg der Shanghai Kapitalisten zu betrachten, die seinerzeit alles getan haben, um das Abkommen von Hankau zu hintertreiben. Der „Daily Herald“ wendet sich daher in einem Leitartikel aufschärfte gegen Chamberlains Erklärung.

Aus Mussolinis Ordnungszelle.

Die Flucht des Abgeordneten Luffu. Aus Cagliari (Sardinien) wird zuverlässig berichtet, daß der bekannte Führer der sardinischen Aktionspartei, Luffu, aus dem Gefängnis von Cagliari, wo er wegen irgendwelcher „Vergehen“ gegen das herrschende Regime und sein Staatsbürgerschaft inhaftiert war, von einer bewaffneten Gruppe von Antifaschisten, die die Wächter für sich gewonnen hatten, befreit worden ist. Ein vorheriger Fluchtversuch auf friedlichem Wege war mißglückt. Luffu ist mit seinen Befreier in das Gallura-Gebirge entflohen, wo er von allen verfügbaren Polizei- und Militärtrouppen der Insel bisher vergeblich verfolgt wird. Umzingelungsversuche der Truppen sind von der tüchtigen kleinen Schar durchkreuzt worden. Die Bevölkerung nimmt lebhaften Anteil an dem Schicksal der Flüchtlinge.

Aus dem Reich.

Keine neue Hindenburg-Amnestie! Amlich wird mitgeteilt, daß von der Vorbereitung eines Amnestiegesetzes aus Anlaß des 50. Geburtstages des Reichspräsidenten nichts bekannt ist. (Mitleid für die zum Tode verurteilten Fremden der Schwarzen Reichswehr wird es vorerst eine Amnestie geben! Red.)

Wegen Nichtfertigkeitstellung des Reichspräsidenten. Da es nicht möglich ist, den Reichshaushaltsplan für 1927 rechtzeitig zum verfassungsmäßigen Termin — dem 31. März — zu verabschieden, ist von sämtlichen Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der Kommunisten ein Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1927 eingebracht worden. Danach wird die Regierung ermächtigt, für das Rechnungsjahr 1927 die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten. Für die Art der Verwendung der Mittel und die Höhe der Ausgaben sind, soweit der Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1927 vom Reichstag bereits in zweiter Lesung beraten ist, die Beschlüsse des Reichstages, im übrigen die Beschlüsse des Haushaltsausschusses maßgebend. Dieses Gesetz tritt am 1. April d. J. in Kraft und spätestens am 15. April außer Kraft.

Aus der preussischen Verwaltung. Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium den bisherigen Regierungspräsidenten v. Halfer, Hildesheim zum Regierungspräsidenten von Siedin, den bisherigen Regierungspräsidenten von Siedin, Dr. Höhnen, zum Regierungspräsidenten von Hildesheim endgültig ernannt.

Immer daran denken

daß eine starke sozialistische Presse und eine gut ausgebaute kampffähige Partei keine Klasseninteressen wahr!

Liebt dein Nebenmann schon die Volkswacht? Ist er schon Mitglied der Sozialdemokratischen Partei?

Stellungen der sofort alarmierten Berliner Mordkommission um einen Mord. Ein Abhauen des betreffenden Wassergeländes nach den fehlenden Leichenteilen war erfolglos.

Ein Jahr Gefängnis für Grundstücksmafia-Meyerfeld.

Gegen den bekanntesten und seinerzeit größten Berliner Grundstücksmafia-Erich Meyerfeld wurde am Sonnabend wegen Betruges, Unterschlagung und Untreue in insgesamt 38 Fällen ein Jahr Gefängnis verhängt. In der Begründung des Urteils wurde ihm zugute gehalten, daß er ein Opfer der Deflation geworden ist, ferner, daß er niemals bemittelt war, den Schaden wieder gutzumachen und daß ihm seinerzeit das Geld geradezu aufgedrängt worden sei. Arme Leute habe er nicht geschädigt, sondern ihnen sogar gutes getan. Infolgedessen wurde ihm für einen Teil der Strafe Bewährungsfrist zubilligt; und außerdem die Unterjuchungshaft angerechnet.

280 Stednadeln im Magen.

Nicht weniger als 280 Stednadeln der verschiedensten Sorten wurden im Magen einer Frau gefunden, die sich vor kurzem in einem New Yorker Krankenhaus einer schwierigen Operation unterzog. Die Patientin selbst hat merkwürdigerweise nur wenig von dem nicht allfälligen Inhalt ihres Magens gemerkt. Mrs. Murray — so heißt die Dame — war seit fünfzehn Jahren Näherin in verschiedenen Kinderheimen mehrerer europäischer Länder gewesen. Hierdurch erklärt es sich, daß man in ihrem Magen die Fabrikate der verschiedensten Länder gefunden hat. „In diesen Anstalten“, so erklärte Mrs. Murray, „war das Essen oft unzureichend, so daß ich oft während der Arbeit etwas zu mir nehmen mußte.“ Dabei nähte sie und hielt die Nadel im Munde. Auf diese Weise geschah es oft, daß sie die Nadel mit verschluckte. Obwohl einige Nadeln die Darmwände verletzt hatten, gaben ihr die Ärzte Hoffnung, daß die sonderbare Patientin in kürzester Zeit vollständig hergestellt sein werde.

Schneestürme in Sibirien.

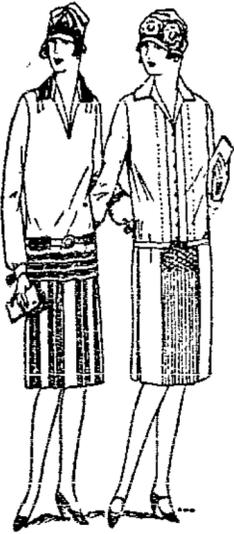
In ganz Sibirien herrschen starke Schneestürme, die im Augenblick den Charakter von Wirbelstürmen annehmen. Durch einen solchen Sturm wurde das Gießwaasserwerk in Tamul stark beschädigt, daß die Arbeiter eingeschlossen wurden, mußten die Stadt oblag in Dunkelheit gefaßt war.

Dem Frühling entgegen



„Erna“ Wollkl. m. aparter St. i. Frühj. 22

„Renate“ Wollkleid m. Bortengarnit. i. 4 Fb. 17⁵⁰



„Nurmi“ Ripskl. m. farb. Sout. Garnit. 28

„Carla“ Frauenkleid i. Veloutine mit Chiffon 39⁵⁰

Damen-Mäntel

Frühjahrs-Mäntel jugendliche Formen.....	17.50, 14 und	9 ⁷⁵
Wollrips-Mäntel mit Plissee und Falten.....	Stück 33, 24 und	19 ⁵⁰
Herrenstoff-Mäntel Impregniert.....	Stück 48, 34 und	28 ⁵⁰
Kostüme einfarb. Jacke u. passend. kariert. Rock	48 und	35 ⁰⁰
Rips-Kostüme in aparten Frühjahrsfarben.....	68, 53 und	45 ⁰⁰

Damen-Kleider

Wollene Kleider in neuesten Formen.....	Stück 27, 18 und	12 ⁵⁰
Composé-Kleider die große Mode.....	Stück 38, 27 und	17 ⁵⁰
Kasha-Kleider in aparten, hellen Farben.....	Stück 55, 37 und	28 ⁵⁰
Frauen-Kleider in gefälligen Formen.....	Stück 65, 54 und	37 ⁰⁰
Veloutine-Kleider weiches, fließendes Gewebe.....	Stück 69, 54 und	45 ⁰⁰

Handschuhe

imit. Wildleder	1.60 u. 1.25
m. Manschette kostümfarb.	1.40
imit. Wildfed. m. Mansch.	1.75

Strümpfe

in Seidenflor in allen Farben ..	1.40 und	98 Pt.
n Kunstseide in aparten Tönen...	1.75 und	1 ²⁵
n Waschseide künstlich, sehr haltbar.....		1 ⁸⁵

Einsatz-Westen

i. Voile m. Spitzen	1.90 u. 1.45
i. Crêpe de Chine	2.50 u. 1.75
in Chiffon mit Spitzen	2.90

Unterwäsche

Schläpfer, Kunstseide	1.65
Prinzebrock	2.60
Hemd hose	2.95

Bemberg-Waschseide

leuchtende Farben.....	2 ⁹⁵
n Ia Bemberg-Seide waschbar.....	4.50 und

Damen-Schals

in Kunstseide, bedruckt	1.95
in Crêpe de Chine	5.00, 3.45
in Seide, bemalt	10.00, 6.75

Mädchen-Kleidung

Kinder-Kleider reine Wolle, mit Stückerl, Gr. 46, Stück	7.50 und	4 ⁹⁰
Mädchen-Kleider aparte Stoffe und Formen, Größe 60.....	Stück	8 ⁷⁵
Backfisch-Kleider jugendliche Fassons.....	Stück 30, 22 und	14 ⁵⁰
Baby-Mäntel neue Stoffe und Farben.....	Stück 15, 12 und	8 ⁷⁵
Mädchen-Mäntel in Sletland und Rips.....	Stück 38, 26 und	15 ⁵⁰

Knaben-Garderobe

Kieler Pyjaks ganz gefüttert, Größe 0.....	Stück 16, 12 und	9 ⁵⁰
Kieler Anzüge m. orig. Ausstattung, Größe 0 ..	Stück 14.50 und	9 ⁷⁵
Sport-Anzüge ganz gefüttert, Größe 2.....	Stück 28, 22 und	14 ⁵⁰
Knaben-Mäntel m. Gürtel u. Falten, Gr. 0	Stück 20, 14 und	12 ⁰⁰
Covercoat-Mäntel ganz auf Futter, Größe 8	Stück 28, 22 und	18 ⁵⁰



„Creta“ Mant. a. Kunstseiden. Matlass. m. gl. Bes. 27

„Hoffand“ Kost. i. Comp. Stoff m. Tr.-Bes. 39⁰⁰



„Wien“ Mantel a. Sletland mit neu. Bes. 14⁵⁰ u. Biesen

„London“ Ripsmant. r. W., m. Pflissan. 29⁵⁰ u. Krag.

Centower

G. M. B. H. BRESLAU 1 SCHMIEDEBRÜCKE 7-10

Stadttheater

Dienstag 8 Uhr:
„Die Regimentswäcker“
„Der Zauberer“
Mittwoch 7^{1/2} Uhr:
16. Wom. - Sout. - Mung. Serie B
„Die Jüdin“
Donnerstag 7 Uhr:
„Lohengrin.“

Lobe-Theater

Zel. Ring 6774
Dienstag 8 Uhr:
Zum letzten Male!
„Die Perle“
Mittwoch, nachm. 7^{1/2} Uhr:
Kleine Breitel
„Lorquato Inno“
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male!
„Beriberie“
Drama von Stanislav Kravger

Thalia-Theater

Zel. Ring 6700
Dienstag, Mittwoch 8 Uhr
„Der Patriot“

Liebig-Theater

Telefon: Stephan 34646
Nur noch kurze Zeit!
Das hervorragende
März-Varieté-
Programm.
Eintrittspreise von 50 Pl. an
Jeden Sonntag
nachmittags 3^{1/2} Uhr
Familien- und
Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm
zu ermäßigten Preisen.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 7054
Zel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
Der große Heiterkeitserfolg
„Adieu, Mini!“
Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:
„Die Zirkusprinzessin“

Kinderwagen

Puppenwagen
Teitzahlung
gestattet.
Sämtliche
Reparaturen
Platenbeziehen, Verdeckaus-
fütern, schnell und preiswert.
Alle Ersatzteile, Federn und
Gummis, auch für Puppenwagen
Mücke, Tassenzienstr. 51
früher Weidenstraße 7.

Leihweise elegante

6955
Frad- u. Rad-
Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Zel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Erfüllteste Matten- Fahrräder

Gummi, Zubehör billig.
Damenräder mit Freilauf o.
65 Pl. an. 2645
Seier, Freiburger Straße 16
Ede Graupenstraße.

Theater EDEN Theater

Nikolaistraße 27.

Carlo Aldini

der weltberühmte Sensationsdarsteller
persönlich anwesend!

Carlo Aldini

hat uns telegraphiert:
„Bei der Aufführung meines neuesten Films
„Einer gegen Alle“
in dem schönen Breslau muß ich unbedingt
zugegen sein.“

Die großen Zeitungen bezeichnen den Film
„Einer gegen Alle“ als
den besten Sensationsfilm der Welt

Carlo Aldini

von tausend Gefahren bedroht, vollbringt
unerhörte Leistungen an Kraft u. Gewandtheit

Carlo Aldini

tritt in jeder Vorstellung persönlich auf, um
mit dem Breslauer Publikum Fühlung zu
nehmen und es von seinen Leistungen
zu überzeugen

Darum: Auf, nach dem „Eden“

Vorstellungen 4^{1/2}, 6^{1/2}, 8^{1/2} Uhr
Sonntags 3, 4^{1/2}, 6^{1/2} und 8^{1/2} Uhr

Berufskleidung

Arbeitsbosen

in allen Längen und Weiten

Oskar Dehmel, Breslau, Neumarkt 45

Die Volksschule als Einheitschule

Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolportageuren entgegengenommen.

In ganz Deutschland

nicht allein, sondern auch im Auslande sind unsere
Fabrikate in den feinsten Geschäften zu haben

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel geben
wir in Breslau und Umgegend auch
an Privatpersonen ab. Wir unter-
halten 5 vornehme Verkaufsstellen,
keine Destillen.

Wir bieten an:

Breslauer 35%o	... p. Ltr.	2.10
Weinbrand-Verschnitt 38%o		2.80
Weinbrand**	aus	3.50
Weinbrand***	franz.	4.00
Weinbrand****	Weinen	5.00
Weinbrand*****	p. Flasche	6.00

jamaika-Rum-Verschnitt
per Liter 5.00, 4.00, 3.50 3.00

Meisterwerke in Likören

per Liter 3.00 und 3.60

Stonsdorfer, Rosen, Blut-Gold-
orange, Prünelle Abtei, Cacao, Gold-
wasser, Curaçao, Sherry-Brandy
und auch alle anderen Sorten

Monopol-Alkohol 96%o	4.70
Franzbranntwein	3.00

Dampf-Destillierwerk

7054

Herzberg & Co.,

Röhmstr. 48 Blücherplatz 29
Michaelisstr. 3 Klosterstr. 64
Leuthenstr. 10

Warnung!

Wollen Sie echten, guten Cichorien?
Dann beachten Sie bitte, daß die Pakete
echt Scheuers Doppel-Ritter-Cichorien
mit dem „S“ im Hufeisen
versiegelt sind.

7052

„Scheuer-Cichorien — Euer Cichorien“

Stammfabrik gegründet 1812

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. März.

Zum Internationalen Sozialistischen Frauentag!

Was wollen die Sozialdemokraten? Seit Jahrzehnten wird kaum eine Frage so häufig gestellt als diese. Ist doch die Sozialdemokratie in der Deutschen Republik zur weitaus stärksten der politischen Parteien geworden. Die Sozialdemokratie verkörpert die Zukunft der Nation — die Zukunft der Welt überhaupt. Da ist es dringende Pflicht jedes Volksgenossen, vornehmlich aber der Frauen, denen die Zukunft am Herzen liegt, sich klar zu werden, was die Sozialdemokraten wollen. Die staatsbürgerlichen Rechte auch für die Frauen sind in der Verfassung niedergelegt. Als ein Ergebnis der revolutionären Erhebung des Novembers 1918 wurde den Frauen die politische Gleichberechtigung erteilt. In dem Aufruf der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 heißt es: „Alle Faktoren nach dem gleichen Körperbau sind in der gleichen allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten Personen zu vollziehen.“

Damit war den Frauen mit einem Schlage gegeben, um was die Besten und Fortgeschrittenen unter ihnen seit der französischen Revolution 1789 unermüdet und unerschrocken gekämpft hatten. Obwohl die deutsche Reichsverfassung als die freieste aller Staatsverfassungen gilt, gibt es bei sehr vielen Punkten zur restlosen Durchsetzung in die Praxis gerade für die Frauen sehr viel zu tun. Gleich der Artikel 7 spricht von der Gesetzgebung der Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge, ein Arbeitsgebiet, in dem die proletarische Frau in der kleinsten Gemeinde mitzuarbeiten gezwungen ist, wenn es weiter werden soll. Der Rechtsstellung des unehelichen Kindes ist noch nicht die verfassungsmäßige Geltung verschafft. Der Artikel 121 verspricht allerdings: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“

Die wenigsten Mütter wissen über die gesetzliche Regelung der religiösen Erziehung ihrer Kinder Bescheid. Es heißt nämlich: „Es kann während bestehender Ehe von keinem Elternteil ohne Zustimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem anderen als dem zur Zeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis oder in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden. Das Kind selbst ist zu hören, wenn es das zehnte Lebensjahr vollendet hat. Nach dem 14. Lebensjahre steht dem Kinde die Entscheidung zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Hat das Kind das 12. Lebensjahr überschritten, so kann es nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden. Das gilt auch für Kinder einer nicht bekenntnismäßigen Weltanschauung.“

In der Sozialpolitik haben die Frauen folgende Forderungen zu vertreten: Bekämpfung der Mißstände in der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer vollständigen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches. Ein flüchtiger Blick durch die Verfassung und das Programm der Sozialdemokratischen Partei zeigt noch manche Stelle, die zum greifbaren Recht für die Frau gestaltet werden muß. Was darüber im allgemeinen für die Agitation unter den Frauen festgehalten werden muß, sei in folgendem zusammengefaßt: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern ein notwendig politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftlichen Organisationen nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klasse selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Den Befreiungskampf der Arbeiter zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständiger Ringen und Wirken auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.“

Ein Reformmonat für die Volksfürsorge

wurde der Februar dieses Jahres. Die Rechnungsstellen, die sich in allen Teilen Deutschlands befinden, reichten während dieses Monats insgesamt 30 867 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung mit 58 255 Reichsmark Monatsprämie und 13 708 449 Reichsmark Versicherungssumme beim Hauptbüro in Hamburg ein. Zum erstenmal seit Bestehen der Volksfürsorge sind monatlich mehr als 30 000 Versicherungen abgeschlossen worden. Das ist ein erfreuliches Ergebnis für das eigene Versicherungsunternehmen der wertvollen Bevölkerung. Jedenfalls sind die Erwartungen auf eine weitere gute Entwicklung unserer Volksfürsorge durchaus berechtigt. Die zukünftige Rechnungsstelle für den hiesigen Bezirk befindet sich bekanntlich in Breslau, Marktstraße 17, Neubau 1. Stock.

Schönborn begnadigt.

Der im September v. J. vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilte frühere Gezeite Viktor Schönborn wurde nunmehr zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Schönborn hatte bekanntlich auf seine Braut, die sich in anderen Umständen befand, am Sonntag, den 5. April 1925, mehrere Schüsse abgegeben, die diese zwar nicht tödlich getroffen hatten, doch im Verlaufe des Heilungsprozesses war bei der Schnittwunde eine Eiterung eingetreten, so daß das Mädchen am 12. April 1925 an allgemeiner Blutvergiftung verstarb. Nach dem Gutachten der fachverständigen Ärzte war die Blutvergiftung in ursächlichem Zusammenhang mit der Schußverletzung erfolgt, weshalb die Verurteilung des Schönborn wegen Mordes zum Tode erfolgte.

Dringende Forderungen der Polizeibeamtenchaft.

Am 11. März tagte der Vorstand der Bezirksgruppe Mittelschlesien und tags darauf der Vorstand des Gauverbandes des Verbandes preussischer Polizeibeamten e. V. Neben den zu erledigenden Organisationsfragen bildeten einen besonderen Punkt der Tagesordnung die Frage des neuen Polizeibeamtengesetzes und die Frage der Besoldung.

Zu diesen beiden besonderen Punkten erstattete der Gauvorsitzende, Polizeiwachmeister Franze, einen eingehenden Bericht. Nach sehr ergebnisreicher Aussprache faßte der Gauvorstand einstimmig nachstehende Entschlüsse:

1. Zum Polizeigesetz: Die im Entwurf des Polizeigesetzes festgelegten Bestimmungen lassen den so notwendigen einheitlichen Aufzug der Polizei vermissen, und werden Beamtenkategorien durch das Gesetz ausgeschlossen, die von der Polizei als solche nicht getrennt werden können. Der Entwurf läßt den Grundbesatz des Berufsbeamten völlig außer acht und schafft auch ferner eine Rechtsunsicherheit, der die große Meiste der Polizeibeamtenchaft ausgeht. Die Rechtsunsicherheit, die verschärften Entlassungsmöglichkeiten, die Disziplinarmaßnahmen, die jede freiwillige Regelung über das Kündigungsverfahren und die Forderungen der neuen Staatsform hierzu vermissen lassen, das überspannte Eheverbot und die vorzeitige Verlegung in den Ruhestand, ohne jegliche Abgeltung, und sonstige Mängel, die dem Gesetz anhaften, machen dieses für die Polizeibeamtenchaft untragbar. Der Gauvorstand ist der Meinung, daß der Polizeibeamtenchaft der Wehrkampf, in den diese durch Vorlage des Gesetzes gedrängt worden ist, hätte erspart werden können, wenn die Regierung von vornherein die Vorlage in der derzeitigen Fassung vermieden hätte. Unter Mitwirkung der Berufsorganisation der Polizeibeamten hätte ein Gesetzentwurf zustande kommen können, der den Wünschen der Polizeibeamtenchaft, wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch im Rahmen des Erreichbaren, Rechnung getragen hätte. Diese Gesetzesvorlage bedeutet keinen Fortschritt, sondern eine Verschlechterung gegenüber dem alten Schulpolizeibeamtengesetz und gibt somit Grund zur vollsten Unzufriedenheit der Polizeibeamtenchaft. Das liegt zweifellos nicht im Staatsinteresse. Die Polizeibeamtenchaft hegt die Befürchtung, daß ihre Lebens- und Schicksalsfrage zum politischen Streitobjekt wird, und legt hiergegen als überparteiliches Organ des Staates mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein.

2. Zur Frage der Besoldung: Das Besoldungselend, hervorgerufen durch die zu niedrige Einstufung namentlich der unteren Beamten in der Besoldungsordnung, hat eine Verschuldung der gesamten Beamtenchaft hervorgerufen, deren Abwendung ein Gebot der Stunde ist. Die Steigerung und Hochhaltung aller Ernährungsausgaben, verbunden mit einer erneuten Meilssteigerung ab 1. April d. J., fördert die Notlage der Beamten noch mehr, weil die zugesagte Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses nicht ausreicht, um die Mehrkosten abzudecken. Der Gauvorstand hält es in Uebereinstimmung mit immer dringender werdenden Wünschen und Forderungen der Beamtenchaft als unerlässlich, daß neben der sofortigen Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses eine weitere Erleichterung der jetzigen schweren wirtschaftlichen Notlage der gesamten Beamtenchaft herbeigeführt wird. Wenn eine allgemeine Erhöhung nicht erreichbar ist, muß unverzüglich Hilfe für die unteren Besoldungsgruppen sofort erfolgen, zum mindesten eine Hilfsmaßnahme im Rahmen der letzten Weihnachtsbeihilfe!

Anleihe-Barablösung.

Mit dem 31. März läuft die Frist zur Stellung der Anträge auf Gewährung einer Barablösung für Reichsanleihe ab. Der Antrag ist bei der Anleihehaltungsstelle zu stellen, die dem für den Antragsteller zuständigen Finanzamt angegliedert ist. Er muß auf einen amtlichen Vordruck geschrieben werden, der bei den Anleihehalten erhältlich ist. Reichsanleihen sind auch die vom Reich übernommene früheren Länderanleihen, zum Beispiel Preussische Consols, verschiedene Eisenbahnanleihen. Die wesentlichen Voraussetzungen der Barablösung sind die folgenden:

Es muß sich zunächst um Altbesitz handeln, das heißt die Anleihen müssen nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben sein und vom Erwerb bis zur Anmeldung ununterbrochen dem Gläubiger gehört haben. In einer Reihe von Fällen kommt aber die Besitzzeit des Rechtsvorgängers dem jetzigen Eigentümer zugute, insbesondere wenn dieser die Anleihen im Erbgange erworben hat.

Zur Stellung eines Antrages sind berechtigt:

1. Anleihebesitzer, die weniger als 1000 Mark Reichsanleihe haben oder für weniger als 1000 Mark Ansprüche geltend machen;
2. Anleihegläubiger, die bereits für einen geringeren Betrag als 1000 Mark einen Antrag auf Gewährung von Auslosungsrechten gestellt haben, oder denen im Auslosungsverfahrensverfahren Anleiheablösungsschuld in Höhe von 1250 Reichsmark bereits ausgehändigt worden ist, oder welche eine Auslosungsrechte während der Entscheidung über 1250 Reichsmark in Händen haben, oder denen eine Barablösungs-Befreiung erteilt worden ist.

Zu 1: Die Stellen (Banken), bei denen die Wertpapiere hinterlegt waren, müssen Bescheinigungen über den Altbesitz erteilen. Diese Bescheinigungen sollen ebenso wie die Wertpapiere selbst möglichst schon dem Antrage beigelegt sein.

Zu 2: Die bereits ausgehändigten neuen Urkunden (Anleihe-Ablösungsschuld und Auslosungsschein) sind mit dem Antrag einzureichen.

Weitere Voraussetzung ist, daß der Anleihebesitzer im Jahre 1926 ein Einkommen von höchstens 800 Reichsmark oder höchstens 1500 Reichsmark gehabt hat. Im ersten Falle erhält er für je 100 Mark Reichsanleihe einen Ablösungsbetrag von 15 Reichsmark, im zweiten Falle bekommt er für je 100 Mark Reichsanleihe eine Ablösung von 8 Reichsmark.

Auch für Forderungen, die in das Reichsschuldbuch eingetragen sind, kann wegen eines Betrages unter 1000 Mark Barablösung beantragt werden.

Breslauer Anträge zum Parteitage.

Folgende Anträge und Entschlüsse werden von der Breslauer Parteioffiziersorganisation dem Parteitage in Kiel unterbreitet:

I. Es wird ein besonderer Tagesordnungspunkt eingereiht: „Die Entwicklung des Imperialismus nach dem Kriege.“ Als Referent wird Genosse Dr. Paul Levi vorgeschlagen.

II. Zum Tagesordnungspunkt 9: „Bericht über die Sozialistische Arbeiter-Internationale“ wird der Antrag vorgeschlagen: Der Parteitag in Kiel beantragt, daß auf der Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses das Problem der Kriegsverhinderung gesetzt wird.

III. Die Versammlung erblickt in der Bildung des Reichsbundes im Reiche den Ausbruch der überakt vor sich gehenden Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Arbeiterchaft und Bürgertum. Sie fordert vom Parteivorstand den Kampf gegen den Bürgerblut nicht nur im Geiste der parlamentarischen Opposition sondern des proletarischen Klassenkampfes, auch mit außerparlamentarischen Mitteln. Die Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Sozialdemokratie in diesem Reichstag ist unmöglich; bei grundsätzlicher Veränderung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtverhältnissen käme unsere Regierungsbeteiligung nur bei auslaggebendem Einfluß auf die Führung von Wirtschaft-, Sozial-, Finanz- und Heerespolitik in Frage. Bei in Einzelstaaten bestehenden Koalitionen ist heute mehr denn je unsere programmatisch vorgezeichnete Haltung zu wahren.

IV. Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Berliner Parteitag von 1924: die Partei muß daher eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage im Rahmen der allgemeinen Bildungsarbeit durchführen. Sie muß gesetzliche Maßnahmen anstreben zur Vermindeung der Alkoholproduktion, ferner das Gemeindefestbestimmungsrecht“ wird hiermit erneuert und der Organen der Partei sowie der Presse zur genauen Beachtung empfohlen.

Die Reichstagsfraktion wolle darauf achten, daß das zur Beratung kommende Schankstättengesetz eine wirksame Eindämmung des Alkoholismus möglich macht.

V. Der Parteitag wolle beschließen, die Altersgrenze in der Arbeiterjugend auf 18 Jahre zu belassen. Die Erziehung der über 18 Jahre alten fällt den Jungsozialisten zu.

VI. Der Parteitag möge beschließen: Die Beamten haben sich wie die Arbeiter und Angestellten den zuständigen freien Gewerkschaften anzuschließen.

Für die Uebernahme von Parteiamtern gelten für Beamte die gleichen Grundätze wie für Arbeiter und Angestellte.

VII. Der Parteitag wolle in eine Nachprüfung eintreten, warum diejenigen Genossen, die sich auf die Kandidatur oder zum Kongreß der Werkstätten haben delegieren lassen, aus der Partei ausgeschlossen worden sind, während Genosse Gustav Bauer nicht aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

VIII. Die Parteipresse ist verpflichtet, über die Haltung unserer Parlamentsfraktionen bei allen Abstimmungen, insbesondere Stimmfragen, zahlenmäßig zu berichten.

IX. Zum Bericht der Reichstagsfraktion wird der Antrag vorgeschlagen: Die SPD. hat seit Jahrzehnten die Reform des deutschen Strafrechts gefordert. Der dem Reichsrat vorgelegte Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches kann aber eine brauchbare Reform nicht bringen. Das freie richterliche Ermessen, das er vorsieht, führt bei der heutigen Zusammenlegung des Richterstandes zur Willkür gegenüber dem Proletariat. Die Teilbestandsbildung bei politischen und halbpolitischen Delikten erleichtert den Klassenkampf gegenüber der Arbeiterchaft. Schuld- und Strafregelung bei den Straftatbeständen und die Verbehaftung der Todesstrafe stellen einen Sieg kultur-reaktionärer Tendenzen dar.

Insbesondere erklärt der Parteitag, daß eine Reform des materiellen Strafrechts ohne durchgreifende Wenderung des Gerichtsverfassungs- und des Prozeßrechts (Wiederherstellung der alten Schwurgerichte, Berufung in Kapitalfachen, erleichtertes Wiederaufnahmeverfahren, freiere Stellung von Angeklagten und Verteidigung im Prozeß) nicht denkbar ist.

Die Reichstagsfraktion wird ausdrücklich beauftragt, ihre Stellung zur Strafrechtsreform nach den vorstehenden Richtlinien zu bestimmen.

X. Der nächste Parteitag findet in Breslau statt.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Rossmarkt 7/9. Geöffnet werktäglich 9—2 Uhr.
 Arch. v. H. A. Brochhaus. Zeugnisse zur Gesch. geistigen Schaffens. Hrsg. v. H. Michel. I. 26. — Adler, A.: Ueber den nervösen Charakter. 3. Aufl. 22. — Brunswig, A.: Das Gedächtnis u. f. Erziehung. 26. — Klages, L.: Handchrift und Charakter. 8.—10. Aufl. 26. — Heger, S. und Wuchow, M.: Friedrich Kröbel und Maria Montessori. 27. — Kerschmann, G.: Theorie der Bildung. 26. — Montessori, M.: Montessori-Erziehung für Schulkinder. I. 26. — Pissalozzi, Sein Wollen und Wirken in Selbstkenntnissen. 27. — Friedrich, R.: Zur Methodologie des Arbeitszeitproblems. 26. — Giese, C. und Paetsch, H.: Polizei und Verkehr. 26. — Hellwag, F.: Die Polizei in der Karikatur. 26. — Knapp, Gg. Friedr.: Aus der Jugendzeit eines dt. Gelehrten. 27. — Weiterer Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Warschau 1925. — Wittmerich, W.: Moderne Arbeiterpolitik. 27. — Städte, Staat, Wirtschaft. 26. — Wajer, Otto: Union Graf. 26. — Jaeger, S.: Clemens Brentanos Frühjahr. 26. — Lipitzin, S.: The Weavers in German Literature. 26. — Mallon, D.: Brentano-Bibliographie. 26. — Das Hermann Stehr Buch. Auswahl von H. Ch. Kaerger. 27. — Wirthly, W.: Adler und Falken. 4. Aufl. 26. — Bauer, H. und Leander, Bonius: Grammatik des Biblisch-Aramäischen. Hälfte I. 26. — Kalmr, G.: Europäische Lyrik der Gegenwart. 27. — Rippling, R.: Land and sea tales. 26. — Pfeiffer, R.: Wörterbuch Deutsch-Speranto. 26. — Wells, H. G.: Christina Albertas Father. 26. — Wunderer, C.: Polybios. 27. — Der Ausbruch des Krieges. Dokumente des Britisch. Ausw. Amtes. Gef. v. J. H. Heblam-Worley. 26. — Deutschland unter dem Dawes-Plan. Die Reparationsleistungen im 1. Planjahr. I. II. 26. — Deutschland unter dem Dawes-Plan. Die Reparationsleistungen im Planjahr 26.—27. — Jahrbuch d. Vereins f. Gesch. d. Deutsche in Böhmen. I. 26. — Vogt, W. H.: Die Briefe des Boltmanners. W. H. Page an Woodrow Wilson. 26. — Haas, S.: Reapel und Stillen. 2. Aufl. v. G. Grim. 27. — Kohl, E.: Reichlich und Mittelmäßig. 26. — M. i. l. e. r. f. : D. r. e. u. s. n. e. i. c. h. d. Remeigend u. d. Freien Stadt Danzig. 26. — Hadwiger, A.: Totenlieder und Grabreden aus Nordamerika. 26. — Hofherr, G.: Römische 26. — T. i. l. l. e. r. : Das niederländische Indusiererevier in der Nachkriegszeit. 27.

Wenn Sie Keine Erfolge haben -
 sei es bei Frauen, sei es bei Männern,
 sei es in Ihrem Geschäft, oder in
 Ihrer Stellung - dann überlegen
 Sie mal, ob das nicht seinen
 besonderen Grund hat. Vielleicht ist
 es ein Grund, den niemand Ihnen
 zu sagen wagt.
 Eine kräftige Mundspülung mit
"ODOL"
 verbingt frisch-duftenden Atem!

Schulkinderpflege in Breslau.

Die Breslauer schulärztliche Tätigkeit hat seit den Jahren ihrer Aufnahme eine nicht unwesentliche Entwicklung hinter sich. Die ersten Schulärzte wurden in Breslau im Jahre 1892 als nebenamtlich tätige Schulärzte (für den Stadtkreis Breslau) angestellt. Der Schularzt besuchte damals zeitweise die Schulen. Wurde bei einem Kinde eine Diagnose gestellt, so erhielten die Eltern eine kurze Mitteilung und Aufforderung, das Kind einem Arzt oder einer Poliklinik zur Behandlung zu überweisen. Daß das frane Kind nun tatsächlich in ärztliche Behandlung kam, darauf hatte der Schularzt keinen Einfluß, noch erfuhr er etwas davon, ob das Kind in ärztlicher Behandlung war. Es fehlte eben die Verbindung zwischen Schule, Arzt und Elternhaus.

Welch großen Wert man der Schülerbehandlung beilegte, ersehen wir daraus, daß der internationale Schulhygienische Kongress in Paris im Jahre 1920 sich eingehend mit dieser Frage beschäftigte. Da man eingesehen hatte, daß eine schulärztliche Überwachung allein nicht zu dem erwünschten Erfolge führte, stellte die städtische Schulverwaltung Breslau im Jahre 1912 die ersten drei Schulpflegerinnen ein. (Bedingung für eine Anstellung in diesem Beruf sind das staatliche Examen als Krankenpflegerin sowie erfolgreicher Besuch einer Sozialen Frauenschule mit staatlichem Abschlußzeugnis in Gesundheitsfürsorge). Der schlechte Gesundheitszustand unserer Volksschulkinder während der Kriegsjahre und Nachkriegsjahre erforderte bald eine erhöhte Tätigkeit der Schulärzte und es wurden im Jahre 1920 zur besseren schulärztlichen Überwachung zwei hauptamtlich tätige Stadtschulärzte sowie eine Stadtschulärztin angestellt, ebenso die Zahl der Schulpflegerinnen im Laufe der Zeit auf 24 erhöht.

Unsere Stadt ist in drei Schulbezirke eingeteilt. Jeder Schulbezirk hat 3-4 mal wöchentlich an bestimmten Tagen Sprechstunden ab, so daß er von Rektor, Lehrern und den Eltern der Kinder leicht erreichbar ist.

Überwacht werden die Schüler und Schülerinnen der Breslauer Volksschulen, Schulkindergärten, Kinderhorte, Hilfspflege und vom 1. April an auch die Kinder der städtischen Mittelschulen. In der Sprechstunde des Schularztes werden die Kinder auf die Notwendigkeit eines vorübergehenden Aufenthalts in Landheimen, Heilstätten, Seemannshäusern oder Auslandsaufenthalte untersucht. Erkrankte Kinder werden den Schulpflegerinnen überwiesen, die dann mit den Eltern die nötige Rücksprache pflegen sowie Ermäßigungsanträge stellen für den Fall, daß die Eltern nicht in der Lage sind, den Tageslohn für die Unterbringung ihres Kindes in einem Erholungsheim zu zahlen. Es werden weiter Kinder untersucht, die wegen Herzleiden vom Turnen befreit werden müssen. Wirbelsäulenverkrümmungen, Muskelschwäche, schlechte Haltung werden dem orthopädischen Institut der chirurgischen Abteilung des Hospitals zu Merzhausen überwiesen. Ebenso Kinder, bei denen der Schularzt ein Ohren-, Nasen-, Augen oder Hautleiden feststellt. Zur Behandlung derartig erkrankter Kinder sind im Hospital zu Merzhausen besondere Schulpoliklinische Nachmittagsprechstunden ein-

gerichtet, damit die Kinder an den Vormittagen nicht den Schulunterricht vermissen. Lungentrunkte Kinder werden vom dem Schularzt vom Schulunterricht befreit und in einer Heil- oder Walderholungsstätte untergebracht oder dem „Verein für un-ternährte Lungentrunkte“ überwiesen, von wo aus gleichfalls ihre Unterbringung erfolgen kann. Alljährlich einmal werden die Kinder jeder Klasse während des Unterrichts ärztlich untersucht und der Befund in den für jedes Kind vorhandenen Gesundheitsbogen eingetragen. Kinder, die einer ärztlichen Behandlung bedürfen, werden ebenso wie in den Sprechstunden zur weiteren Veranlassung den Schulpflegerinnen überwiesen.

Während der Schularzt nicht täglich in der Schule anzu-treffen ist, hat die Schulpflegerin in den Vormittagen ihre regel-mäßigen Sprechstunden. Hier wird den Eltern und anderen Er-ziehungsberechtigten Rat und Auskunft gegeben, ärztliche Verord-nungen bei erkrankten Schulkindern ausgeführt und zwischen Elternhaus und Schule vermittelt. Außerhalb der Sprechstunde macht die Schulpflegerin selbständige Klassenbesuche und nimmt Rücksprache mit den Lehrkräften oder führt erkrankte Kinder dem Schularzt zu. Wird ein Kind vom Schularzt als erholungs-bedürftig bezeichnet, dann kommt es in ein Landheim des „Ver-eins für Schulkinderpflege“ in Stannowitz, Lüben, Hohenfriedberg, Reudorf, Greiffenstein, Friedrichswalde, Kunzendorf oder Eichgrün.

Eine ärztliche Überwachung findet hier nicht statt, da es sich in diesen Fällen nur um erholungsbedürftige Kinder handelt. Kurz vor der Abreise werden alle Kinder nochmals auf ihren Gesundheitszustand und ihre Sauberkeit untersucht. Die Begleitungen der Kindertransporte bis zu dem Bestimmungsort übernehmen die Schulpflegerinnen.

Kranke Kinder werden durch den „Verein für Kinderheil-stätten“ in Carlsruhe OS., Leipe, Heiden, Langenau und Obernigk untergebracht. Die kleinen Patienten werden nach der Ankunft gebadet und dem Arzt vorgeführt, von ihm weiter überwacht und erhalten auf Verordnung des Arztes Bäder und Medikamente. Die Eingefahren werden streng durchgeführt. Während die vorgenannten Heime und Heilstätten das ganze Jahr über geöffnet sind, kommen für die Unterbringung der Kinder an der See nur die Monate von Mai bis September in Frage.

Allerdings, ein Erholungsurlaub kommt für unsere Volksschulkinder deshalb weniger in Betracht, da der Tageslohn hier 2,25-3,00 Mark beträgt, eine Summe, die bei der großen Arbeitslosigkeit von den Eltern unserer Kinder nicht getragen werden kann. Und die Zahl der vorhandenen Freistellen ist leider eine so beschränkte, daß einstellenden von bedürftigen und zugleich mittellosen Kindern nur wenige dieser Vergünstigung teilhaftig werden.

Die Hilfsschulen endlich werden von besonderen psychiatrischen Spezialärzten, denen gleichfalls eine Schulpflegerin zur Seite steht, überwacht.

gericht am Freitag beschäftigten Falle von dem sehr wieder-tretenden Arbeitgeber R. etwas unklar definiert wurde. Termin wurde daher vertagt, um festzustellen, ob der betreffende Angestellte als Vertreter der Firma angesehen werden kann. Ist dies nicht der Fall, dann hat der zu Unrecht Entlassene Anspruch auf Lohn für die Dauer der ordentlichen Kündigungsfrist; denn eine zu Unrecht erfolgte, irrtümliche Kündigung nach der Rechtsprechung nicht etwa als aufgehoben, sondern für den nächst zulässigen Kündigungstermin ausgesprochen. Wäre der Angestellte aber als Vertreter der Firma anerkannt, dann gilt natürlich die frühere Entlassung. Es ist daher besser, dieartige Meinungen, selbst wenn sie im Moment der Erregung verständlich erscheinen, zu unterlassen.

Die Zulässigkeit der Kündigung

mit Rücksicht auf die im Schutzgesetz für ältere Angestellte enthaltenen Bestimmungen wurde von einem Werkmeister in der Klage bestritten, die er gegen seinen früheren Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht in die Wege geleitet hatte. Er war beim 20 Jahre dort tätig gewesen, hätte also eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zu beanspruchen. Der Beklagte bemerkte dazu, er das Geschäft im Jahre 1922 erst übernommen und damals alle Angestellten gekündigt und sie dann zum Teil neu übernommen hätte. Der Kläger sei also noch nicht so lange bei ihm beschäftigt gewesen. Auch kämen die Bestimmungen dieses Gesetzes für den Kläger nicht in Betracht, da er nicht angestellter Arbeiter, sondern ein selbständiger Unternehmer sei; wenn er Angestelltenbeiträge für ihn bezahlt habe, so sei das nur „eine kleine Mitversicherung“ gewesen, die ihm gewährt habe. Es gibt also doch noch generelle Arbeitgeber.

Das Gericht war aber anderer Ansicht. Der Kläger fällt unter die Bestimmungen des § 2 des A. B. G. Er hat er vor einiger Zeit eine Strafe zahlen müssen wegen Ver-tretung der Arbeitszeitbestimmungen, für die er allein ver-antwortlich war. Das beweist, daß er doch eine leitende Stellung innehatte.

Der Beklagte wollte das alles nicht einsehen und war im Bergleich nicht zu bewegen. Er wurde daher zur Zahlung von 234,65 Mark verurteilt. Ursprünglich war die eingeklagte Summe höher gewesen. Aber inzwischen hat der Kläger wieder eine Stellung gefunden und so ermäßigten sich seine Ansprüche.

Der Stein der Weisen

die hervorragende illustrierte Zeitschrift zur Verbreitung von Wissen und Wissenschaft, empfiehlt sich in einer Extra-Beilage die der heutigen Nummer unserer Zeitung beiliegt. Besondere empfehlende Worte sind für die Einladung zum Abonnement auf den „Stein der Weisen“ nicht nötig, es sei nur darauf hingewiesen, daß jedes der vierzehntägig erscheinenden Hefen eine Fundgrube des Wissens, der Belehrung und Unterhaltung ist. Jede Nummer ist 24 Seiten stark und reich illustriert und kostet inkl. Zustellgebühr nur 35 Pf. Zur Bestellung benutze man den Prospekt angehefteten Rückzetteln, den man ausgefüllt mit 2 Pf. frankiert oder den Zeitungsträgerinnen mit-

Jugendweihen

Als Abschluß ihrer Tätigkeit an einem Jahrgange von Kindern, die jetzt die Schule verlassen, veranstalten die Arbeiterkinderfreunde am morgigen Mittwoch im Saale der monatlichen Gemeinde eine Jugendweihen, die eine eindrucksvolle und inhaltreiche Programmsfolge aufweist. Die Eltern werden gebeten daran teilzunehmen. Der Eintrittspreis für die Eltern beträgt 20 Pfennige.

* Silberhochzeit feiert heute ein Arbeiter aus einem großen Betriebe. Der Betriebsrat teilt uns mit, daß der Jubilar seit 18 Jahren gewerkschaftlich organisiert ist, aber die „Vollmacht“ nicht liest. Man hat sie ihm deshalb zwei Wochen lang vom Gehalt gemacht, in der Erwartung, daß er dadurch belehrt wird. — So ist's recht; es muß überall wieder gesehen werden, daß die Arbeiter ihr Verhältnis zur Organisation und zur „Vollmacht“ in die rechte Ordnung bringen. Es hilft schon, wenn allen Betrieben auf Klassen Disziplin gehalten wird, so wie vor dem Kriege war.

* Breslauer Volksbühne. Am kommenden Sonntag im Stadttheater eine Aufführung von Richard Wagners „Siegfried“ als Sonderveranstaltung für die Breslauer Volkshausfraktion. Zu dieser, um 6 Uhr beginnenden Vorstellung werden 2000 Billets für diejenigen Mitglieder, die für den „Ring des Nibelungen“ angemeldet sind, in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 1, jetzt ausgegeben, für nicht angemeldete Mitglieder erst am 1. und 2. April. Zu einem Klavierabend, der am 8. April im Mozartsaal der Hermannloge stattfindet, ist von der Volksbühne der bekannte Breslauer Pianist Franz Bollon gewonnen worden. Zu diesem Konzert erhalten die Mitglieder in der Geschäftsstelle Eintrittskarten zum Einheitspreis von 1 Mark, Nichtmitglieder zu 2, 3 und 4 Mark auch bei Hainauer.

* Die Kasse der städtischen Straßenbahn wird am 1. April mit der Kasse der städtischen Betriebswerke, Leßingplatz 3, vereinigt und dorthin verlegt. Alle Zahlungen an die Verwaltung der Straßenbahn sind künftig dorthin zu leisten. Fortan werden in der Kasse der städtischen Betriebswerke auch sämtliche Zeitkarten der Straßenbahn — Netz- und Strecken-karten, Karten für Lehrlinge, Schüler, Kriegsverletzte usw. — ausgestellt werden. In der Zahlstelle der Straßenbahn, Leßingplatz 7/73, verbleibt eine Fahrkarten-Verkaufsstelle, in der außer Netz- und Streckenkarten auch Karten für Schüler und Lehrlinge zu haben sein werden. Die Straßenbahnverwaltung hofft, daß bei der günstigen Lage der Kasse am Leßingplatz von der dortigen Fahrkarten-Verkaufsstelle künftig ein recht reger Gebrauch gemacht werden wird.

* Ermäßigung der Ferngebühren in der näheren Umgebung von Breslau. Nach der am 1. Mai in Kraft tretenden Fernsprechnungsordnung ermäßigen sich die Gebühren im Fernverkehr zwischen Breslau und den angrenzenden Ortsnetzen. Nach den bestehenden Bestimmungen werden für Gespräche von 3 Minuten Dauer in einer Entfernung bis 5 Kilometer (Zone 1) = 15 Pf. von mehr als 5 bis 15 Kilometer (Zone 2) = 30 Pf. und von mehr als 15 bis 25 Kilometer (Zone 3) = 45 Pf. erhoben. Vom 1. Mai ab dagegen rechnen die Entfernungen bis zu 25 Kilometer nicht mehr vom Fernamt Breslau, sondern vom Schnittpunkt eines Kreises um das Fernamt mit der geraden Verbindungsstrecke zwischen dem Breslauer Fernamt und der Vermittlungsstelle des anderen Ortsnetzes. Der Halbmesser dieses Kreises beträgt 5 Kilometer, so daß ein Dreiminutengespräch von Breslau in der 2. Zone (mehr als 10 bis 20 Kilometer) = 30 Pf. und in der 3. Zone (mehr als 20 bis 30 Kilometer) = 40 Pf. kostet. Ferngespräche von Breslau auf Entfernungen bis 10 (5+5) = 10 Kilometer (Zone 1) werden wie Ortsgespräche behandelt und berechnet. Diese Ermäßigungen erstrecken sich auf den Fernverkehr zwischen Breslau und den nächstehenden aufgeführten Ortsnetzen und auf Gespräche in umgekehrter Richtung dagegen nicht auf den Fernverkehr dieser Ortsnetze ausgehend von Breslau untereinander. In Zone 1 (bis 10 Kilometer

Vorsicht bei Bekanntschaften!

Vor dem Kleinen Schöffengericht stand am Montag der Monteur Paul Hubrich, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte am 6. Dezember d. Js. in einem Lokal die Bekanntschaft des Kassaboten M. machen gemacht. Beide blieben einige Stunden beisammen und als sie das Lokal verließen, begleitete Hubrich den M. bis zu seiner Wohnung auf der Kaiser-Wilhelm-Straße. Als M. gerade sein Haus aufschließen wollte, griff ihm Hubrich plötzlich in die Hosentasche, nahm daraus die Brieftasche mit 105 Mark und ergriff dann die Flucht. Er konnte aber bald eingeholt und verhaftet werden. Da H. bei der Tat keinerlei Gewalt gegen den Kassaboten angewandt hatte, nahm die Anklage nicht Strafbestand, sondern Diebstahl an. Weil aber die Tat nahe an Raub grenzt, wurde der Angeklagte zu der vom Staatsanwalt beantragten Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Recht üble Erfahrungen

müssen die Filialleiter von Lötgeräten und ähnlichen Gaststätten machen. Bei der Einstellung müssen sie eine ziemlich hohe Kaution bezahlen, die sie aber in den seltensten Fällen wiedersehen. Denn, wenn infolge schlechten Geschäftsganges oder anderen Differenzen mit dem Arbeitgeber es zur Kündigung kommt und Inventur gemacht wird, dann wird immer ein großes Manko festgestellt. Die Filialleiter, die meist mit ihren Ehefrauen in diesen Betrieben bis in die Nacht hinein tätig sind, sehen dann weder ihre Kaution wieder, noch bekommen sie die ihnen zustehenden Prozente oder das minimale Gehalt. Alles wird mit dem Manko verrechnet, was in der Weise geschieht, daß zum Schluß noch die Leiter dem Besitzer eine mehr oder minder große Summe schuldig sind. Die Herzergestellten sind meist Ortsfremde, die mit den Verhältnissen in den betreffenden Betrieben nicht bekannt sind, oder Stellungslose, die den letzten Pfennig für Stellung einer Kaution opfern, in der Hoffnung, wieder etwas verdienen zu können. Aber fast immer spielt sich der Schlußakt dieses Arbeitsverhältnisses vor dem Gewerbegericht ab. Die Akten, die von diesen Streitfällen handeln, haben einen recht ansehnlichen Umfang. Aus der Fülle dieser Prozesse sei wieder einer hervor-gehoben, der kürzlich vor dem Gewerbegericht zu Ende geführt wurde. Auch hier wieder spielte das Manko die Hauptrolle, dessen Verschulden aber der Kläger dem Beklagten zuschob. In der Verhandlung mußte ein Zeuge zugeben, daß eine Rezeptanne nach innen verbeut war und daß ihm auf dem Gehamt die Stempeln nicht edergesommen wurden. Der Kläger fügte sich darauf, daß ihm zu wenig zugemessen und auch infolgedessen das Manko entstanden sei. Auch direkte Kunden des Beklagten J. haben von diesem nicht weiter bezogen, weil auch sie kein volles Maß bekommen hätten. Der Beklagte bestritt alles. Er habe immer die Gefäße bis zum Strich gefüllt. Das Gericht schlug einen Vergleich vor. Einen Teil der Summe habe der Beklagte anerkannt. Was den Rest anbelangt, so hätte der Kläger, da jeden Monat ein Manko entstanden ist, gleich um Abhilfe sorgen

Was ist die Arbeiterjugend?



Die Sozialistische Arbeiterjugend ist die Gemeinschaft junger Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich aus ihrer gleichen sozialen und kulturellen Lage zusammengefunden haben. Sie bilden eine Kampfgemeinschaft. Bei dem Worte Kampf, das man nicht an den Kampf mit Handgranaten, Minenwerfern und Schützengräben denken, sondern es ist ein Kampf mit geistigen Waffen. Schon zwei Jahre nach Beendigung des Weltkrieges er-öfnete der Ruf der Arbeiterjugend bei ihrem Reichsjugendtag in Weimar, 1920: „Nie wieder Krieg!“ Der Kampf der Arbeiterjugend ist vielmehr ein Kampf sozialer, politischer und kultureller Art. Diese Kämpfe werden aber nur mit geistigen Waffen ausgefochten. Die Sozialistische Arbeiterjugend ist deshalb vor allen Dingen eine Erziehungsorganisation, die die Willensbildung und Geistesbildung der jungen Arbeiter fördern will. Aber sie will keine Erziehung zum Kadavergehorsam oder falscher Autoritätsverehrung, sondern selbstbestimmte, freie Menschen. Durch die Pflege des Gemein-schaftsgefühls wird der einzelne geformt und für die sozialistische Gesellschaft vorbereitet. Alle Jungen und Mädchen des arbeitenden Volkes gehören deshalb in die Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeiterjugend.

solten und nicht erst nach sieben Monaten. Wollte der Beklagte seinen Vergleich, so müßte er beides, daß er stets richtig gemessen habe, die betreffenden Gefäße müßten aber dem Gehamt zur Begutachtung vorgelegt werden, und es wäre doch nicht aus-schließen, daß noch ein Prozeß wegen Betrugs angestrengt werden könnte, wenn nachgewiesen würde, daß nicht vorrichts-mäßige Gefäße verwendet wurden. Der Beklagte hat in der Zwischenzeit eine neue Karne gekauft. Sein Vertreter hatte viel Anstrengung machen müssen, um ihn endlich dazu zu bewegen, an den Kläger im Vergleichsweg 100 Mark zu zahlen. Auch diese wollte er noch ratenweise abzählen, aber der Kläger ging darauf nicht ein.

Die Angst vor Entlassung.

Ein in der Juterwarenfabrik von L. beschäftigt gewesener Angestellter reichte nach seiner Entlassung beim Gewerbegericht eine Klage wegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem Tarif-lohn und des tatsächlich nur erhaltenen Lohnes ein. Die Firma verweigerte die Nachzahlung mit der Begründung, daß der Kläger am Tage des Abganges von der Firma nicht ausdrücklich die Zahlung verzagt hätte. Es läge also ein stillschweigender Verzicht vor. An und für sich erkannte also die Beklagte an, daß die Forderung zu Recht bestehe, suchte aber einen Vorwand, um sich vor der Zahlung zu drücken. Demgegenüber machte der Vertreter des Klägers, Gemeindefratssekretär Proffe, geltend, daß der Arbeiter jederzeit seinen Tariflohn verlangen könne. Es handle sich hier auch um einen unabhängigen Tarifvertrag, der als allgemeinverbindlich erklärt worden war. Auch habe der Kläger in kurze Zeit nach seinem Weggang von der Beklagten die Klage eingereicht. Das Gericht kam zur Beurteilung des Beklagten. Es liegt kein ausdrücklicher Verzicht seitens des Klägers vor. Das Schweigen sei auch kein Ausdruck des Verzichts, sondern nur die Angst vor Entlassung. Dies sei auch von einem Zeugen, der in dem ersten Termin vernommen wurde, erklärt worden. Es wurde diesem keine Zeit gelagt, wenn er mehr Lohn haben wolle, könne er gehen. Dasselbe wäre auch dem Kläger passiert, wenn er noch während seiner Tätigkeit den Tarif-lohn verlangt hätte.

Eine ungewöhnliche Weigerung.

Zu den Gründen die zur stillen Entlassung berechtigen, gehört auch die grobe Beleidigung des Arbeitgebers oder seines Vertreters. Wenn dabei der Ruf der Ehre nach der Beendigung der Arbeitszeit zu einer Forderung aufgeföhrt wurde und den sich hierüber erheben den Streit, er bekam nach seiner Darstellung Überstunden nicht bezahlt, damit beendet, daß er dem ihm auferlegten Vorkaufsrecht „eins in die Hand“ anbietet, so stellt das eine grobe Beleidigung dar, die die erfolgte stillige Entlassung rechtfertigen würde, sofern der Vorkaufsgestellte als Vertreter des Arbeitgebers zu betrachten ist. Das aber hängt von keiner Beurteilung ab, die in dem vorliegenden, das Gewerbe-

**Jeder kauft
Jeder kennt**

**Bienenwabe
Excellent**

Unvermutete Ereignisse

wie Krankheit oder Unglücksfälle können jeden jederzeit treffen! Nicht ist es, daran zu denken! Ein Konto bei der Sparkasse entzieht Sie vieler Sorgen!

Städtische Sparkasse zu Breslau

1/2 lb nur
50 Pfg.



Man braucht keine Butter mehr
sagen die Hausfrauen, welche

Rama

MARGARINE
butterfein

verwendet
Die Qualität siegt!

Beim Einkauf
Kinderzeitung, Die Rama-Post vom kleinen Coco
oder, Die Rama-Post vom lustigen Tups gratis.

6 Stunden

guten Schlafes.

sind besser als 9 Stunden unruhigen, schlechten Schlafes. Wer fest und tief schläft, ist am Morgen frisch, klar und arbeitsfreudig.

Wollen Sie auch „gut schlafen“, so trinken Sie abends immer den „echten Kathreiner“, der Ihren Nerven wohltuen wird.

Probieren Sie ihn eine Woche lang, dann werden Sie immer Kathreiners Malzkaffee trinken und sich fragen: Warum denn nicht schon längst?

50 Pfennig kostet ein Pfundpaket Kathreiners Kneipp-Malzkaffee nur, also wirklich nicht zuviel für einen Versuch!

Bitte bei allen Einkäufen stets die Anzeigen unserer Zeitung zu berücksichtigen



Dr. Senfner-Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden. Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht von anderem Brot.

Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen.

Familien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker
Am Freitag, den 25. März, verschied im Alter von 58 Jahren unser wertvolles Mitglied, der **Maschinen-setzer-Invalide Albert Reimann** (in Fa. „Neueste Nachrichten“).
Wir werden unserem langjährigen Verbandskollegen ein dauerndes Andenken bewahren. 5277
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.



Verein des Breslauer Einzelhandels E.V.

Mittwoch, den 30. März 1927, abends 8 Uhr
in großen Saale der Neuen Börse, Graupenstraße 15:
VORTRAG des Herrn **Dr. Schleier**
Vorsitzender des Verbandes der Funkfreunde Schlesien E. V.

„Die Bedeutung des Rundfunks unter besonderer Berücksichtigung der Handelsinteressen“
mit Vorführungen
Eingeführte Gäste willkommen! **Der Vorstand.**

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Am 26. März, vormittags 9^{1/2} Uhr, verschied plötzlich unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante
verw. Frau Christiane Döhring geb. Hlasek
im 79. Lebensjahre
Sie folgte nach nur 10 Wochen ihrer entschlafenen Tochter nach.
In tiefstem Schmerz
Breslau, Köln, Modlau, 26. März 1927.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Richard Döhring.
Beerdigung: Dienstag, 29. März, nachm. 3 Uhr, von der Gierth'schen Kapelle in Gräbchen.

Druckerei Volkswacht
verlegt moderne Drucksachen
Breslau 2

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird

Warum Buchkarte?

Nur unsere Buchkarte gibt die Möglichkeit, bei Zahlung von nur 50 Pf. wöchentlich, Bücher bis zum Betrage von RM. 26.— zu erwerben
Als Ausweis bitten wir Partei- oder Mitgliedsbuch einer freien Gewerkschaft mitzubringen

Auf Buchkarte könnt Ihr erwerben
H. G. Wells
Die Grundlinien der Weltgeschichte!

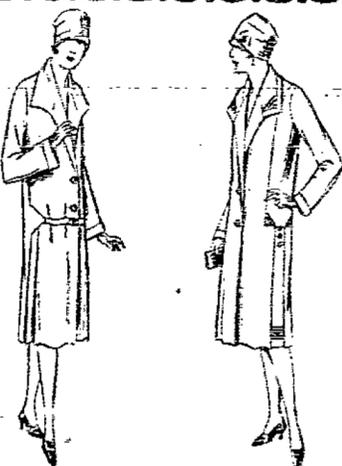
- Buch I Entstehung unserer Welt
- Buch II Entstehung des Menschen
- Buch III Die Morgenämmerung der Geschichte
- Buch IV Judäa, Griechenland und Indien

- Buch V Der Aufstieg u. d. Zusammenbruch d. Römischen Reiches
- Buch VI Christentum und Islam
- Buch VII Das Mongolische Reich und die neuen Reiche
- Buch VIII Das Zeitalter d. Großmächte

Sechsenformat • Goldfarbnes Papier
Reich illustriert • Ganzleinen **RM. 20,00**

Dieses Werk, in America verboten, ist die beste Weltgeschichte für den sozialistischen Arbeiter. Das Inhaltsverzeichnis gibt nur einen kleinen Überblick über die Fülle des Gebotenen. Besser lernt Ihr das Werk kennen, wenn Ihr es Euch unverbindlich in unserer Buchhandlung anseht.

Volkswachtbuchhandlung Neue Graupenstr. 5



Mleze
Hochmod. Rips, Popeline, in Leuchtblau, u. in gut Tuch, braun taupe, schwarz auch für starke Damen . . . Mark **19⁷⁵**

Lonny
elegant feines Tuch, reich m. Trese, als Frauenmantel besonders f. starke Damen . . . Mark **25⁰⁰**

M. Berger Nachfolger
Damen-Mantelfabrik, Ohlauer Straße 80

Warum lesen die tauende Arbeiter - Rundfunk - Teilnehmer nicht ihre eigene Rundfunk-Zeitung.

„Der neue Rundfunk“

Wochenschrift des schaffenden Volkes mit Beilage: Meier u. Mitteilungen des R. R. R. Preis 20 Pf. Enthält alle Programme des In- und Auslandes.

Jeden Freitag neu.
Volkswachtbuchhandlungen, Breslau,
Neue Graupenstraße 5, Neue Teichstraße 11.

Gute und sehr billige Romane und Erzählungen

finden Sie stets in der
Volkswacht-Buchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7

Saheräder
auf 1920
Zeitzahlungs
wöchentliche Abzahlung
Ersparnisse • Reparaturen
Georg Greulich
Summerei 52.

Silber. Herren-Uhren
neu, prima Wert mit Garantie für nur 15.00 RM. zu verkaufen.
Leihhaus Müller & Co.
Ohlauer Str. 50, 1. Stg.

Leihweise elegante
Grad- Rod. und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidemeister 6717
Bischofstraße 3.

Violinen
alte und neue Toninstrumente billige Preise.
Ital. Mandolinen, Fiolche-Lauten
7051 Musikhaus Liedecke
Breslau I
Stockgasse 3, Nähe Ring.

Die schönsten
Frühjahrs-Anzüge
und
Mäntel
kaufen Sie immer noch am
billigsten
im 6096

Anzug-Zusatzen
4 bis 12 RM., Kitter Wtr. 45 bis 90 Pf., Weinwand Wtr. 35 Pf. bis 1.20 RM., Hermelin Wtr. 45 Pf. b. 1.40 RM., Garn 1000 Wtr. 25-70 Pf., Seitzgarn 20 Gramm 10 Pf., Nadel-Schnurbeutel 100 Paar 2.00 b. 8.00 RM. Knöpfe 2 Pf., 3-10 Pf., Kernseife Kiesel 13 Pf., Seifeboje 15 Pf. Detail und Entros

Herrenbekleidungshaus
Nikolaistraße 49
vis-à-vis der Barbarkirche
Hermann Patetzke

Bertold Lippert
Seinerichstraße 16
Filiale: Oderstraße 17.

Leibwelle
Grad- Smocking- u. Rod-Anzüge
C. P. Häsel
Ohlauerstraße 79, 1. Stg.
Zweiflügel 4716

Kleine Anzeigen
sind kompakt gezeichnet einpaltige Anzeigen von 10 bis 20 Wtr. 10 bis 20 Pf. 3 Pfennige, 4 bis 5 Pfennige
Einer gut erhaltenen Kinderwagen verkauft Hermann Lippert, Oderstr. 43, part.

Aus Schlesien.

Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung in Ostoberschlesien?

In einer großen Versammlung der Korfantypartei in Katowitz machte nach Pressemeldungen der polnische Abgeordnete...

Görlitzer Bezirksparteitag.

Am Sonnabend und Sonntag lagte in Görlitz der Bezirksparteitag der SPD. Aus dem von Genossen Taubadel...

Das Urteil im Prozeß Dr. Krause

Das Urteil im schweidnitzer Betrugsprozeß lautet auf acht Monate Gefängnis und 6050 Reichsmark Geldstrafe...

Am fünften Verhandlungstage beschäftigte sich die Beweisaufnahme mit der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen der Anklage, des früheren Bürovorstehers des Angeklagten...

Sozialzulagen 700 Reichsmark; Waldarbeiter über 21 Jahre 650 Reichsmark; jugendliche Waldarbeiter a) von 16-18 Jahren...

Gräblich, Kreis Schweidniz. Scheunenbrände. Die Scheune des Gutsbesizers Reider, die mit Erntevorräten und landwirtschaftlichen Geräten gefüllt war...

Glogau. Die Typhusepidemie. Die Zahl der Erkrankungen hat sich auf 151, die der Todesfälle auf 9 erhöht. Da die Todesfälle durchschnittlich 10 Prozent der Erkrankungen ausmachen...

Beckern, Kreis Stryegau. Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich am Sonnabend im Gasthaus Gullner zu. Der 19jährige Sohn des Gutsbesizers Jungnick aus Berlesdorf...

Falkenhain, Kreis Schönau. Glück im Unglück. Das 3 Jahre alte Söhnchen des Müllermeisters K. von hier stürzte in den Wassergraben, der das Mühlrad speist...

Sirchberg. Wie weit geht das Recht der Kritik? In zweiter Instanz wurde hier eine interessante Beleidigungslage verhandelt. Die Musiklehrerin Fräulein P. hatte in ihrer Eigenschaft als Vorleserin der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes deutscher Tonkünstler und Musiklehrer...

Mallwitz, Kreis Sprottau. Graufiger Fund. Bei Schachtarbeiten für einen Hausneubau wurde in 70 Meter Tiefe ein männliches Skelett mit einem dreieckigen Loch in der Schädeldecke gefunden...

Beuthen OS. Berufungen an die staatliche Baugewerkschule. Als Nachfolger für den nach Deutschland verreisten Studienrat Dipl.-Ing. Höppler ist Studienrat Dipl.-Ing. Nagl aus Erfurt berufen worden...

Breslau (Land)-Neumarkt.

Oswitz. SPD. Am Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr, findet in der Volkshalle eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Alara Zils-Eckstein wird über das Thema: 'Die Frau im Volkshaar' referieren...

Klettenberg. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir kommen heute abend um 8 Uhr im Heim zusammen! Da wir unsere Fahnenweiche heute unbedingt besprechen müssen...

Neumarkt. Unglaubliche Zustände bei Notstandsarbeiten. Mit dem Eintreten besserer Witterungsverhältnisse ist der Kreis in die Lage versetzt, die Chauffeurearbeiten beginnen zu können...

essen, 10 Pf. für Kaffee und 5 Pf. für Schlafen entrichtet werde. Sind diese Sätze auch niedrig, so berechtigt das noch keineswegs dazu, Notstandsarbeitern als Schlafgelegenheit einen Merdell...

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Knabenabteilung. Scute müssen unbedingt alle Schulfächer zum Schulerlernen erscheinen. Abends Hebertritt in die Jugend- und Männerabteilung...

Sportvereingung 1897/02. Mittwoch, den 30. März, ist in der Turnhalle am Sauerbrunnen nur von 8-10 Uhr Lehnungsstunde der Sportlerinnenabteilung. Sämtliche Schüler erscheinen um 6 Uhr in der Turnhalle...

Gruppen Freier Menschen. Mittwoch, den 30. März, im Heim, Tschelstr. 17, Mittelbergsammlung. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Sportvereingung Nordost, c. B., 03. (Mittels I - Felsenfest). Donnerstag, den 31. März, abends 8 Uhr, Restaurant 'Zur Lindenblüte'. Königstr. 10, erweiterte Vorstandssitzung...

Geländelauf der Sportvereingung 1897/02. Ihren bisher internen Geländelauf veranstaltet die Sportvereingung 1897/02 diesmal als offenen Wettbewerb für alle Arbeiterportvereine am Sonntag, den 3. April, 9 Uhr vormittags...

Freie Turnerschaft Breslau, c. B. Vereinsjugendversammlung am Sonnabend, den 2. April, abends 8 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses. 1. Vortrag des Turngenossen Böblin...

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands, 1. Bezirk, Borex. Die nächste Übungsstunde ist für Sonntag, den 24. April, festgelegt worden. Wir bitten die Vereinsvorstände...

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Dollar, and Franc.

Wasserstand

Table showing water levels for various locations like Ratibor, Reife (Stadt), and Reifemündung.

Breslauer Produktenbörse.

Ämtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 28. März gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung...

Table with daily market quotations for various goods like wheat, rye, and oil.

Large advertisement for Persimmon 8 Pl. and Bairam cigarettes, featuring a bird logo and contact information for L. Przedzicki.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur europäischen Dauerarbeitslosigkeit.

Nach einer Zusammenstellung des Völkerverbandes waren in den Haupt-Industriezonen von den in den Gewerkschaften zusammengefaßten Arbeitern in Prozenten arbeitslos:

Jahr und Monat	Deutschland	Großbritannien	Niederlande	Schweden	Dänemark	Norwegen
1921 ...	2,8	15,3	10,8	26,8	19,7	17,6
1922 ...	1,6	15,4	12,6	22,9	18,5	17,1
1923 ...	10,2	11,5	12,8	12,5	12,7	10,8
1924 ...	13,1	8,1	10,2	10,1	10,7	8,5
1925 ...	6,8	10,5	9,5	11,1	14,7	13,2
1926 ...	19,6	12,4	8,4	11,6	20,8	23,22

Nachdem man in Frankreich die Währung stabilisiert hat und dadurch die Inflationskonjunktur abgebrannt ist, tritt auch Frankreich in die Reihe der Länder mit hoher Arbeitslosigkeit. Frankreich beschäftigt während seiner Inflationskonjunktur viel Ausländer, namentlich Italiener. Jetzt werden viele Tausende Italiener überflüssig und in die Heimat abgeschoben, mit dem Erfolg, daß auch Italien in Kürze zu den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit zählen wird. Nach einer Schätzung dürften zurzeit wohl 6 Millionen Arbeitslose in Europa zu zählen sein. Diese Massen könnten als auf den letzten Mann untergebracht werden, wenn die vorhandenen Produktionsanlagen voll ausgenutzt würden. Dies ist aber nicht möglich, weil die Abzugsmöglichkeiten fehlen. Daraus ist aber wieder nicht zu schließen, es sei kein Bedürfnis für Güter vorhanden. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Es ist ein außerordentlich großes Bedürfnis für Gebrauchsgüter aller Art vorhanden. Viele Millionen leiden sogar direkten Mangel an den allernotwendigsten Bedarfsartikeln. Es liegt vielmehr an der Kaufkraft. Güter werden gebraucht, die Produktionsanlagen, die in ausreichendem Maße zu produzieren, sind auch vorhanden, die Arbeitskräfte ebenfalls, aber — die Kaufkraft fehlt, der innere Markt ist nicht aufnahmefähig genug. Warum nicht? Weil Löhne und Gehälter zu niedrig sind und die obengenannten 6 Millionen Arbeitslosen überhaupt nahezu vom Markt ausschließen. So dreht sich Europa wirtschaftlich im Kreise. Eine Welt voller Widersprüche.

Komitee für Jugend- und Bildungsfragen beim IGB.

Vom Vorstand des IGB ist ein internationales Komitee für Jugend- und Bildungsfragen gebildet worden. Dilem Komitee obliegt die Aufgabe, dem Vorstand in einschlägigen Fragen sachberathend zur Seite zu stehen. Nach der offiziellen Anbindung wird es weiter zu untersuchen haben, in welchen Fällen ein Zusammengehen mit anderen Jugend- oder Bildungsorganisationen der Arbeiterschaft erfolgen kann. Dies könnte z. B. in Frage kommen, wenn es notwendig erscheint, die Propagierung der besonderen Schutzforderungen für die erwerbstätige Jugend international einheitlich in die Wege zu leiten. Auch die im Vorbergrund stehenden Fragen der Berufsberatung, Berufsausbildung und der Eignungsprüfung in allen Industrie- und Gewerbeberufen sollen dem Komitee Anlaß zur Stellungnahme geben. Es setzt sich zusammen: Pierre von Waldere, Belgien; Hans Hansen, Dänemark; Walter Kahlke, Deutschland; J. W. Brown, England; C. van der Sande, Holland; Josef Prácal, Tschechoslowakei.

Die Bildung eines solchen Spezialkomitees ist ein erneuter Beweis der grüßeren Bedeutung gewerkschaftlicher Jugendfragen. Das Komitee wird vorwiegend nur Anregungen geben können, die Bearbeitung wird den einzelnen Ländern überlassen bleiben müssen. Aber dieser Erfahrungsaustausch wird den Arbeitsmethoden der einzelnen Länder nützlich sein.

Die dänischen Bauarbeiter werden ausgeliefert.

Kopenhagen, 28. März. (Eigener Bericht.) Die dänische Arbeitervereinsbewegung hat nunmehr den Beginn der Aussperrung im Bauwesen des ganzen Landes auf den 1. April festgesetzt. Die Schiedsgerichtsinstitution will vorher noch einmal versuchen, den Arbeitsfrieden zu bewahren. Im ganzen würde die kommende Aussperrung 18 000 Mann umfassen.

Unbefriedigender Schiedsspruch für die Lodger Textilindustrie.

Lodz, 29. März. (Eig. Funkbericht.) Der Regierungsschiedsspruch, der am Montag im Lodger Textilarbeiterstreik gefällt wurde und für die Arbeiterlöhne eine Erhöhung von 5 bis 12 Prozent vorseht, erregt große Unzufriedenheit. Der Grund ist insbesondere darin zu suchen, daß Angeestellte und Werkmeister, die mitstreikten, von der Erhöhung ausgeschlossen wurden.

Reichskonferenz der Eisenbahner.

Im Leipziger Volkshaus fand dieser Tage eine stark besuchte Reichskonferenz der im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands organisierten Beamten und Angewandten des nicht technischen, stationären und Verwaltungsdienstes statt. Ueber 250 Kollegen waren erschienen.

Ueber „Personal- und Wirtschaftspolitik der Reichsbahn“ sprach Kunze-Berlin, der Leiter der Beamtenabteilung des Einheitsverbandes. Bis Juli 1924 waren, wie Kunze betonte, rund 350 000 Eisenbahner abgebaut worden; nach dem Reichsbahnetat für 1927 ergibt sich seit Juli 1924 eine weitere Verringerung um 60 000 Köpfe. Das ist nur möglich, weil die Eisenbahner in der Regelung ihrer Arbeitszeit unter Ausnahmerecht gestellt sind. Die Wiederherstellung der achtstündigen Arbeitszeit als Grundlage für die Dienstdauerbestimmungen muß daher das wichtigste Ziel der Eisenbahner sein. Angesichts der Notlage der unteren und mittleren Beamtengruppen verlangt der Verband zusammen mit dem IGB sofortige Erhöhung der Gehälter für die Gruppen I bis IX ab 1. April. Nachdem der Fachgruppenleiter Schulze-Berlin noch über den „Einheitsverband als unsere Sachinteressenvertretung“ gesprochen hatte und nach einer lebhaften Diskussion, in der die Tätigkeit des Einheitsverbandes als Interessenvertretung der Reichsbahnbeamten und Angewandten wiederholt anerkannt hervorgehoben worden war wurde der Wille der Tagung in einer einmütigen angenommenen Entschließung zusammengefaßt. Die Entschließung fordert gleiche Rechtsverhältnisse für alle Gruppen der Reichsbahnbeamten, Gleichstellung mit dem Reichsrecht und unmittelbare gesetzliche Regelung der Rechts- und Dienstverhältnisse der Reichsbahnbeamten. Wo diese aufhört, Vereinbarung der Rechtsverhältnisse mit den gewerkschaftlichen Organisationen, ferner Einbeziehung der Beamten in das Arbeitsschutzgesetz, Gleichstellung der Reichsbahnbeamten mit den Reichsbeamten in der Urlaubsfrage und Regelung der Besoldung entsprechend den Lebenshaltungskosten. Zum Schluß verlangt die Entschließung energische Förderung der Bestrebungen des Einheitsverbandes auf Herbeiführung besserer Rechts-, Dienst-, Urlaubs- und Besoldungsverhältnisse durch parlamentarische Zusammenfassung der Kräfte; keine Zer-

spaltung durch Fachvereine, sondern einheitliche Zusammenfassung aller Reichsbahnbeamten, Angewandten und Arbeiter in einer gemeinsamen, selbständigen Organisation, wie sie der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands darstellt.

Schiedsspruch für die Zigarrenindustrie.

Für die Zigarrenindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, durch den die zurzeit gültigen Löhne ab 1. April um 10 Prozent erhöht werden. Damit gilt die Mietpreiserhöhung von April und Oktober als abgegolten. Die wöchentliche Arbeitszeit soll grundsätzlich 48 Stunden betragen. Für die ersten drei Ueberstunden wird kein Zuschlag, für die weiteren drei ein solcher von 10 Prozent und für alle weiteren Ueberstunden ein solcher von 25 Prozent bezahlt. Erklärungsfrist bis zum 4. April.

Eine peinliche Situation für Herrn Schiele.

Der christliche Zentralverband der Landarbeiter hat dem neuen Reichsernährungsminister eine durchaus zutreffende Denkschrift über die Notlage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer unterbreitet. In der Denkschrift wird beispielsweise gesagt:

„Die Löhne sind völlig unzureichend. Die Landarbeiterfamilien sind vielfach nicht in der Lage, aus ihrem Lohn-einkommen die notwendigen Ausgaben für den Haushalt zu bestreiten, und sind häufig dem Arbeitgeber oder Kaufleuten und Gewerbetreibenden gegenüber verschuldet. Notwendige Anschaffungen an Kleidung, Wäsche und Einrichtungsgegenständen müssen unterbleiben. Die Folgen dieses Zustandes sind, daß die Arbeitsfreudigkeit gelähmt und die Leistungsfähigkeit vermindert wird. Viele Tatkraft ist sowohl in kultureller als auch in sozialer Beziehung sehr bedenklich. Die ungenügende Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist außerdem wirtschaftlich schädlich. Eine zahlenmäßig starke Gruppe scheitert als Verbraucher auf dem Innenmarkt fast vollständig aus.“

Einige Schlusszeilen der Denkschrift lauten: „Das landwirtschaftliche Problem besteht nicht allein darin, die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, daß sie Steuern und Zinsen zahlen, Maschinen und Kunstdünger kaufen kann. Weit wichtiger ist die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Hebung der Landarbeiterschaft!“

Soweit die immerhin deutliche Stellungnahme des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter, dessen Vorsitzender bekanntlich Franz Behrens ist. Franz Behrens ist deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und damit Fraktions- und Parteigenosse des Reichsernährungsministers Schiele. Die große Frage

Wirtschaft.

Das Wohnungsbauprogramm erneut gefährdet?

Das Reichsarbeitsministerium sieht sich zu einem Alarmruf veranlaßt, da plötzliche Störungen auf dem Geldmarkt und eine rasche Steigerung der Baukosten die Ausführung des Wohnungsbauprogramms für 1927 über den Haufen zu werfen drohen.

Ende des vergangenen Jahres schien die Aufbringung der Kapitalien für den Wohnungsbau in weitestem Umfang gesichert. Jetzt aber treten plötzliche ernste Störungen, vor allem auf dem Pfandbriefmarkt, auf und besonders die Aufbringung der ersten Hypotheken geht nur sehr zögernd vor sich. Kraft tritt die Preissteigerung bei Zement, Ziegeln und Holz in Erscheinung. Ueber die Zementpreise wird zurzeit eine Erhebung veranlaßt. An der Holzpreissteigerung beteiligt sich wie gewöhnlich auch diesmal der Forstfiskus der Länder. Der Baustoffindex stand, verglichen mit 1914 (1914 = 100), Ende 1925 auf 165 Prozent, Herbst 1926 164 Prozent, Ende Januar 1927 auf 166 Prozent, Ende März auf 168 Prozent. Es ist bei der steigenden Tendenz damit zu rechnen, daß er im April den Höchststand von 1925, nämlich 176 Prozent, erreichen wird. Von Seiten der Löhne sind keine Schwierigkeiten für den Baumarkt zu erwarten; die Bauarbeiterlöhne laufen bis 7. September.

Das Reichsarbeitsministerium drängt angesichts dieser Sachlage auf eine möglichst rasche und durchgreifende Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr. Eine solche Verteilung sei beispielsweise in der Vorkriegszeit in den großen Gemeinden wiederholt mit Erfolg vorgenommen worden. Sie müßte also auch jetzt in größerem Maßstabe möglich sein. Länder und Provinzialbehörden müßten auf die Notwendigkeit dieser Verteilung hingewiesen werden. Eine stetige Entwicklung auf dem Baumarke wird auch von der Industrie gewünscht.

Ob der Alarmruf des Reichsarbeitsministeriums nicht zu spät kommt? Die Gewerkschaften, die auch ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt haben, verlangen seit langem schon im Interesse der Arbeitszeitverkürzung und der Verminderung der Erwerbslosenzahl grundsätzlich möglichst gleiche Verteilung der Aufträge. An ihrer Unterstützung wird es nicht fehlen, wenn es den maßgebenden Stellen und der Industrie mit dem Verzicht einer großzügigen Verteilung der Bauaufträge ernst ist. Mahnen und Warnen allein nützt nichts.

Retordgewinne im Bergbau.

Einen Retordabschluß kann der Harpener Bergbau vorlegen. Die Gesellschaft ist, selbst bei mit 11,8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr verdoppelten Abschreibungen in der Lage, einen gegen 1925 um das Fehnfache gesteigerten Reingewinn (1926 = 8,281 Millionen, 1925 = 1,17 Millionen Mark) auszuweisen. Die Dividende beträgt 8 Prozent, während die Harpen-A.G. im Vorjahre dividendenlos blieb. Nach dem Abschluß der Essener Steinkohlen-Bergwerke-A.G. die 8 Prozent gegenüber 6 Prozent im Jahre 1925 verteilt, kann gesagt werden, daß der eigentliche Kohlenbergbau, als auch die gemischten Werte in Rheinland und Westfalen im Jahre 1926 außerordentlich günstig abgeschlossen haben. Der gute Schnitt beruht weniger auf der England-Konjunktur, sondern auf der überragenden Senkung der Gestehungskosten infolge der durchgeführten Mechanisierung besonders der Kohlenabbau-Einrichtungen und -vorrichtungen. So konnte zum Beispiel die Harpen die arbeits-tätigste Förderung um 2,6 Prozent über den Vorkriegsstand steigern.

Angesichts dieser Tatsache zu behaupten, die rheinisch-westfälischen Kohlenwerke seien nicht zu einer angemessenen Lohn-erhöhung imstande, heißt, die Dinge auf den Kopf stellen.

der Stunde ist: Wie wird sich Herr Schiele einstellen, ohne der einen Seite seinem Landbildlerprogramm untreu zu werden und ohne auf der anderen Seite seinen Fraktionskollegen besonnenen?

Geschlechterte Lohnverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie.

Die Lohnverhandlungen für die sächsische Metallindustrie, die mit dem Verband sächsischer Metallindustrieller geführt werden, sind an dem Verhalten der Arbeitgeber gescheitert. Die Unternehmer verlangen, daß Arbeiter zu einer Lohnverhöhung ihre Zustimmung geben sollen, die bedeutend unter den 10 Prozent liegt, die vom Arbeitgeberschutzverband der sächsischen Metallindustrie bereits zugestanden worden sind.

Die Lohnbewegung in der niederschlesischen Metallindustrie.

Aus Görlitz meldet WTB: In der Lohnbewegung niederschlesischer Metallindustrie haben die Arbeitnehmer den 19. März vor dem freiwilligen Schiedsgericht in Breslau gefälligst Schiedsspruch, der eine Lohnverhöhung von 7 Prozent vorseht, abgelehnt, während die Arbeitgeber ihn angenommen haben. Die Arbeiter haben nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters für die Provinz Niederschlesien, Oberpräsident Philipp, beantragt.

Die WTB in Breslau von zuständiger Stelle erfährt, finden sich der Verband sächsischer Metallindustrieller und sächsischer Verband des Metallgewerbes in der gleichen Lage. Beide Verbände ist ebenfalls vor einigen Tagen ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnverhöhung von 7 Prozent, bei ungelerten Kräften eine teilweise höhere, vorseht. Von Arbeitnehmerseite ist der Schiedsspruch abgelehnt, von Arbeitgeberseite angenommen und nun dem Schlichter zur Verbindlichkeitsklärung übertragen worden.

Gau Leipzig der Buchdrucker stimmt für Annahme des Manteltarifs. Die Urabstimmung der Buchdrucker des Gau Leipzig über den abgeordneten Manteltarif hatte, wie uns aus Leipzig gedruckt wird, folgendes Ergebnis: Von rund 650 Stimmberechtigten haben sich 650 oder rund 85 Prozent an der Urabstimmung beteiligt. Von den 646 gültigen Stimmen lauteten 3174 auf Ja und 2282 auf Nein. Der neue Manteltarif ist damit angenommen.

Umstellung des Siegener Eisenbahnausbesserungswerkes.

Die vom Preussischen Handelsminister zur Erhaltung des Lokomotivabteilungs des Eisenbahnausbesserungswerkes Siegen unternommenen Schritte haben folgendem Ergebnis geführt: Der Auftragsbestand an Lokomotiven im Werkstättenbezirk Elberfeld, Essen, Köln und Trier ist besonders bei den Lokomotivtypen, für deren Unterhalten ältere Werkstätten in Frage kommen, stark zurückgegangen. Die Lokomotivabteilung Siegen kann nicht mehr mit dem erforderlichen Auftragsbestand bedacht werden und muß deshalb allmählich eingehen. Auf der anderen Seite ist der gleiche Werkstättenbezirk nicht in der Lage, die anfallenden Schadhafte zu bedeuten Güterwagen aufzuarbeiten. Für die Aufarbeitung liegt das Ausbesserungswerk Siegen besonders günstig und der Um- an solchen Wagen ist so groß, daß nach Erklärung der Hauptverwaltung bei der Umstellung keine Entlassungen zu erfolgen brauchen. Es soll vielmehr 1927 nur der natürliche Abgang aus der Belegschaft des Ausbesserungswerkes Siegen nicht ersetzt werden, wie das im allgemeinen auch bei den übrigen Werken des Werkstättenbezirk Köln der Fall ist.

Bilanzen und Dividenden in der Tschechoslowakei.

Im abgelaufenen Jahre haben etwa 300 Aktiengesellschaften ihre Bilanzen pro 1925 veröffentlicht. Hieron verteilten 183 Gesellschaften eine Dividende, während bei 115 A.G. der Kupon notleidend blieb. 33 Gesellschaften erhöhten ihre Dividende durchschnittlich um 2 Prozent, so insbesondere einzelne Maschinen-, Kohlen- und Brauerei-A.G. In 11 Fällen wurden Dividenden ausbezahlt, während dies im Vorjahre unterblieben war. Das gilt insbesondere bei einzelnen Unternehmungen der Zucker-, Textil-, Kohlen- und Maschinenindustrie. 14 Gesellschaften haben niedrigere Dividenden ausgeschüttet, durchschnittlich um 3 1/2 Prozent, darunter vier große Zucker-Konzerne. Nicht weniger als 70 Aktiengesellschaften waren nicht in der Lage, eine Dividende zu verteilen, obwohl sie mit einem Gewinn abschlossen, der jedoch zur Ausschüttung einer Dividende zu klein war. Dadurch wird die Abwärtstendenz der Konjunktur für 1927 scharf beleuchtet. Die 70 Aktiengesellschaften wiesen ein Aktienkapital von 988 Millionen Kronen und einen summarischen Reingewinn von 31 Millionen Kronen auf, der größtenteils auf neue Rechnung übertragen wurde. Nur in einem Einzelfalle wurde der ganze Gewinn von über 6 Millionen Kronen für Steuerzwecke reserviert und in einem zweiten Falle wurde der Gewinn von 4 1/2 Millionen Kronen zur Deckung der Reserve verwendet. Die Zahl der Aktiengesellschaften, die trotz Erzielung eines Reingewinnes keine Dividenden verteilten, hat sich gegen das Jahr 1924 um die bedeutende Ziffer von 27 vergrößert. Man zählte 1924 nur 43 Aktiengesellschaften, die bei einem Gesamtkapital von 410 Millionen Kronen einen summarischen Gewinn von 5,8 Millionen Kronen auswiesen, demnach ein Zuwachs von 60 Prozent. 37 Aktiengesellschaften schlossen mit Verlust ab gegen 28 im Vorjahre. Die Verlustsumme hielt sich genau auf der Höhe des Vorjahres, nämlich 42 Millionen Kronen und verteilte sich auf ein Aktienkapital von 254 Millionen Kronen. Es hat demnach ein investiertes Kapital von 1183 Millionen Kronen (998 Millionen + 245 Millionen) keine Verzinsung gefunden, indem die Kupon notleidend blieben. Im Vorjahre handelte es sich hier nur um ein Kapital von 675 Millionen Kronen, somit ist ein empfindlicher Rückgang des Wirtschaftsbaremeters zu konstatieren. Die Folgen der Inflationszeit sind noch immer nicht überwunden und die Nachwirkungen der Gründungsperiode, die noch dem Umsturz in Erscheinung getreten sind, machten sich abermals geltend.

Die russischen Verhandlungen mit „Rheinmetall“ über den Ankauf eines Teils der Lokomotiv-Fabrik, die sich schon länger Zeit hinschleppen, dürften sich nunmehr tatsächlich erledigen. Wie die „Lodzower Prom. Gazeta“ meldet, hat die Fabrik nach Moskau zurückgekehrte Kommission des sächsischen Maschinenbaus den Ankauf als unannehmlich bezeichnet. Sie habe festgestellt, daß von 640 Wertzeugmaschinen 90 Prozent vollständig repariert seien, die übrigen zwar neuerer, aber nicht neuerer Konstruktion. Durch einen Umbau, entsprechend den russischen Verhältnissen, würden sie sich höchstens um 15 Prozent billiger stellen als neue Maschinen, die man aus Deutschland beziehen würde.



MAGGI Fleischbrühwürfel

sind mit bestem Fleischextrakt und feinen Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.